



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

SFH OSAR

Volksrepublik China

Lageübersicht mit Schwerpunkt Tibet

Florian Blumer

Bern, 27. Mai 2003

MONBIJOUSTRASSE 120 • POSTFACH 8154 • CH-3001 BERN
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEWO

Angaben zum Autor:

Florian Blumer, Historiker, spezialisiert sich auf Friedens- und Konfliktforschung. Während seines Zivildiensteinsatzes in der Länderanalyse der Schweizerischen Flüchtlingshilfe im Jahre 2002 befasste er sich intensiv mit dem Schwerpunkt Asien.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@sfh-osar.ch
Internet: www.sfh-osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Florian Blumer

ÜBERSETZUNG

ins Französische durch Christine Clerc

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 25.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2003  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Wichtige historische Daten	1
3	Politische Situation	3
3.1	VR China	3
3.1.1	Die neue Regierung.....	3
3.1.2	Politische Stabilität	4
3.2	Die Situation in Tibet.....	5
3.2.1	Die Exilregierung in Dharamsala	5
3.2.2	Widerstand gegen Besetzung und Unterdrückung.....	5
3.2.3	Die Bedeutung des Regierungswechsels für Tibet	6
4	Justiz	6
5	Menschenrechtssituation	8
5.1	VR China allgemein	8
5.1.1	Medienschaffende und InternetaktivistInnen	9
5.1.2	Politisch Oppositionelle.....	10
5.1.3	Religiöse Gruppen	10
5.1.4	Ethnische Minderheiten	12
5.1.5	Gefängnisse, Lager und Anstalten.....	13
5.1.6	Todesstrafe	14
5.1.7	Frauen und Kinder	15
5.2	Tibet.....	15
5.2.1	Unterdrückung und Zerstörung der tibetischen Kultur – Verfolgung von Buddhisten	16
5.2.2	Unterdrückung von Widerstand	17
5.3	UigurlInnen in Xinjiang	18
6	Sozio-ökonomische Situation	19
6.1	VR China	19
6.1.1	Entwicklung und Zustand der Wirtschaft.....	19
6.1.2	Lebensbedingungen in China	20
6.1.3	Medizinische Situation	21
6.2	Tibet.....	21
6.2.1	Wirtschaftliche Entwicklung.....	21
6.2.2	Lebensbedingungen in Tibet	22
6.2.3	Medizinische Situation	23
6.3	Situation der UigurlInnen in Xinjiang.....	23
7	Flucht und Rückkehr	23
7.1	VR China	23
7.2	Tibet.....	24
8	Zusammenfassung	25

9	Weiterführende Links und Publikationen	26
9.1	VR China	26
9.2	Tibet.....	27
10	Karten	29

1 Einleitung

Am 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im November 2002 und am Nationalen Volkskongress im März 2003 wurde in der chinesischen Partei und Regierung ein Generationenwechsel vollzogen. Die Führungsspitze, die seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Frühsommer 1989 die Geschicke des Landes geleitet hatte, trat altershalber zurück und machte einer neuen Generation Platz. Die neue Regierung wurde mit der SARS-Krise, die tief sitzende Schwächen vor allem im politischen und sozioökonomischen System offen legte, einer harten Belastungsprobe unterzogen.

China erregte in den letzten Jahren mit rasantem Wirtschaftswachstum und aussenpolitischer Öffnung international Aufsehen. Diese Entwicklungen sind jedoch weiterhin von umfangreichen Menschenrechtsverletzungen begleitet. Jährlich werden in China mehr Menschen hingerichtet als in allen anderen Länder der Erde zusammengenommen – neu droht die Regierung auch bei Verstössen gegen SARS-bedingte Quarantäneauflagen mit der Todesstrafe. Menschen werden in staatlichen Gefängnissen, Arbeits- und Umerziehungslagern sowie psychiatrischen Hochsicherheitsanstalten misshandelt und gefoltert. Staatliche Sicherheitskräfte verfolgen Dissidenten, Medienschaffende, demonstrierende ArbeiterInnen und Angehörige von Glaubensgemeinschaften wie Falun Gong. Parallel zur Öffnung der Märkte hat sich in den letzten Jahren die Kluft zwischen arm und reich stärker vertieft als in jedem anderen Land der Welt.

Dieser Bericht bietet eine aktuelle Übersicht über die politische, sozioökonomische und Menschenrechts-Lage in der Volksrepublik China mit besonderer Erwähnung der Probleme in den autonomen Regionen Tibet und Xinjiang. Bezüglich der Situation der UigurInnen in Xinjiang schliesst dieser Bericht zudem an die letzten SFH-Publikationen an.¹

Die Darstellung beruht auf Berichten von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen, Internetrecherchen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie Gesprächen mit VertreterInnen verschiedener Organisationen und Institutionen. Im Bericht sowie im Anhang finden sich weiterführende Hinweise auf umfassende und detaillierte Berichte und Websites zu spezifischen Problematiken.

2 Wichtige historische Daten

VR China²

1949	Machtübernahme der Kommunisten unter Mao Tsedong, Einmarsch der Nationalen Volksarmee in Xinjiang.
1958-59	Mao lanciert die Politik des "Grossen Sprungs nach vorn", um die Wirtschaft in Schwung zu bringen.
1966-76	Die von Mao initiierte "Kulturrevolution" führt zu weitverbreiteter Verfolgung, Gewalt und Anarchie.
1971	China wird ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.

¹ Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), China – Innere Mongolei – Lageübersicht, Dez. 1999; SFH, Die Situation in der Chinesischen Region Xinjiang und die Lage der Uiguren, Dez. 2001

² Für weitere Angaben siehe z.B.: UK Home Office, China – Country Assessment, Okt. 2002, Internetquelle: www.ecoi.net



- 1978 Deng Xiaoping lanciert ökonomische Reformen, die China auf den Kurs der Öffnung gegenüber der Marktwirtschaft bringen.
- 1989 Die Demokratiebewegung, die sich von Peking aus (Besetzung des Tiananmen-Platzes durch 150'000 StudentInnen) auf andere Grossstädte ausgebreitet hat, wird blutig niedergeschlagen.
- 1996 Verbrechensbekämpfungskampagne *Strike Hard* wird lanciert.
- 1999 Falun Gong wird verboten.
- 2001 China tritt der WTO bei, erneut wird eine Verbrechensbekämpfungskampagne *Strike Hard* lanciert.
- Nov. 2002 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas: Hu Jintao löst Jiang Zemin als Parteisekretär ab.
- März 2003 Nationaler Volkskongress: Neubesetzung der Führungsspitze der Regierung Chinas. Hu Jintao wird Staatspräsident, Wen Jiabao wird Ministerpräsident und Jiang Zemin behält das Amt des Vorsitzenden des Militärausschusses.

Tibet

- 1950 Der 14. Dalai Lama übernimmt mit 15 Jahren die Regierungsverantwortung, 7. Oktober: Die Nationale Volksarmee Chinas marschiert in Tibet ein.
- 1951 Tibet wird von China zur Unterschreibung des 17-Punkte-Abkommen gezwungen, in welchem die Unabhängigkeit aufgegeben, aber kulturelle und politische Autonomie zugesichert wird.
- 1959 Nationaler Volksaufstand in Lhasa. China reagiert mit der Besetzung Tibets. Der Dalai Lama und mit ihm 100'000 TibeterInnen fliehen nach Indien, wo er in Dharamsala eine Exil-Regierung aufbaut. China installiert eine Militärregierung und führt "demokratische Reformen" ein. Hunderttausende werden hingerichtet, eingesperrt oder in Arbeitslager geschickt. Es wird mit der Zerstörung der Klöster begonnen.
- 1966-76 Während der "Kulturrevolution" wird die systematische Auslöschung der tibetischen Kultur verfolgt, 98 Prozent der tibetischen Klöster werden zerstört.
- 1988 "Strassburg-Entwurf" des Dalai Lama: Das Oberhaupt der TibeterInnen gibt die Erreichung der Unabhängigkeit Tibets offiziell zugunsten des "Ansatzes des mittleren Wegs" auf. Die Bemühungen der Exil-Regierung konzentrieren sich von nun an auf die Erreichung einer wirklichen Autonomie. Die chinesische Regierung ist aber weiterhin nicht zu einem Dialog bereit.
- 1988-92: Hu Jintao, heutiger Staatspräsident Chinas, wird Parteisekretär von Tibet.
- März 1989: Als Antwort auf grosse Demonstrationen lässt Hu in Lhasa das Kriegsrecht ausrufen. In der Folge sterben nach offiziellen Angaben 256 Personen durch Schüsse der Sicherheitskräfte, Tausende werden verhaftet.
- Sept. 2002: Seit 20 Jahren erster Besuch einer Delegation des Dalai Lama in Peking und Lhasa auf offizielle Einladung Chinas.
- Mai 2003 Abreise einer Delegation des Dalai Lama für einen zweiten Besuch.

3 Politische Situation

Am 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) im November 2002 und am Nationalen Volkskongress im März 2003 wurde in Partei und Regierung ein Generationenwechsel vollzogen. Die Führungsspitze, die seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung vom Frühsommer 1989 die Geschicke des Landes geleitet hatte, trat altershalber zurück und machte einer neuen Generation Platz. Inszeniert und geleitet wurde dieser Prozess vom ebenfalls zurückgetretenen Staatspräsidenten und Generalsekretär der KPC, Jiang Zemin. Er übergab zwar diese zwei Ämter freiwillig seinem vormaligen Vizepräsidenten Hu Jintao (auch: Xintao), behielt aber – mit Absegnung des Volkskongresses – den Posten des Vorsitzenden des Militärausschusses, eines überaus einflussreichen Amtes. Jiang wird damit weiterhin starken Einfluss auf die Aussenpolitik haben, ein Bereich, in welchem er sich in den letzten Jahren stark engagiert hatte. Zudem garantiert die Besetzung der wichtigsten Positionen mit ihm wohlgesinnten Männern, dass auch sein innenpolitischer Einfluss erhalten bleibt.

Es ist ein Novum in der 53-jährigen Geschichte der Volksrepublik China, dass die Neubesetzung des höchsten Amtes per Übergabe vom scheidenden Präsidenten und nicht durch einen Coup erfolgte. Auf einen reibungslosen Ablauf der Machtübergabe wurde in Anbetracht der Gefahr des Ausbruchs sozialer Unruhen grössten Wert gelegt. Um dies zu gewährleisten, wurden im Vorfeld des Parteitags politische Aktivisten in Polizeigewahrsam genommen oder unter verschärfte Überwachung gestellt, ebenso wurden im Rahmen einer "Kampagne zur Verbrechensbekämpfung" innert zwei Tagen nicht weniger als 46 Menschen hingerichtet.

3.1 VR China

3.1.1 Die neue Regierung

Am Parteitag wählten die rund 2'100 Delegierten aus allen Teilen Chinas das Zentralkomitee der Partei, dieses wiederum wählte die Mitglieder des Politbüros sowie die acht Männer des Ständigen Ausschusses des Politbüros, welcher das Zentrum der Macht darstellt.³ Der grösste Teil der neu gewählten Mitglieder dieses Gremiums ist auf Grund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit dafür bekannt, bei ihren Entscheidungen treu der Partei-Linie zu folgen.

Der neue Staatspräsident und Generalsekretär der KPC, Hu Jintao: Der bisherige Vizepräsident Hu Jintao wurde von Jiang Zemin kontinuierlich auf die Übernahme des Amtes vorbereitet, seit Deng Xiaoping ihn als zukünftiges Staatsoberhaupt zu fördern begann. Er war in den ersten Monaten seiner Funktion als Parteichef bemüht, sich als bescheidener und korrekter Mensch zu präsentieren. So wies er in einer Rede im Dezember 2002 die Parteimitglieder an, ein einfaches Leben zu führen und den Versuchungen von Geld, Macht und Sex zu widerstehen. Zudem lud er den Ständigen Ausschuss des Politbüros zum Studium der Verfassung ein, um zu demonstrieren, dass er für eine Einhaltung der Gesetze einstehe.

Aus der bisherigen Tätigkeit in politischen Ämtern zeichnet sich ein ambivalentes Bild Hus: So entwickelte sich die Provinz Guizhou in seiner Zeit als Parteisekretär der Provinz (1985-

³ Die acht Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros sind Wen Jiabao, Zeng Qinghong, Wu Bangguo, Jia Qinglin, Huang Ju, Luo Gan, Wu Guanzeng und Li Changchun.

1988) zu einem Hafen für liberal denkende Intellektuelle, die in Peking in Ungnade gefallen waren. Als Parteisekretär von Tibet (1988-1992) hingegen liess er hart gegen Andersdenkende vorgehen. In die Provinz entsandt, um den für Peking zu moderaten Wu Jinghua zu ersetzen, setzte er kompromisslos und ohne zu Zögern die harte Linie Pekings durch. Als Reaktion auf Unruhen in Lhasa liess er dort im März 1989 das Kriegsrecht ausrufen und erteilte damit den Sicherheitskräften die Befugnis, auf die unbewaffneten Demonstranten zu schiessen. In drei Tagen wurden dabei 70 Menschen getötet. Damit einher ging eine Verhaftungswelle und grausame Misshandlung und Folterung der Gefangenen.⁴ Er gilt als ideologieloser und karriereorientierter Präsident, von dem sich Politiker verschiedener Richtungen erhoffen, dass er ihre Vorstellungen verwirklichen wird. Die Liberalen sehen in ihm einen Reformers, die Konservativen einen Hardliner. Seine politischen Qualitäten werden sich erst zeigen, wenn er richtungsweisende Entscheidungen zu treffen haben wird. Unter Jiang Zemin wurden auf politischer Ebene keine grundlegenden Reformen angestrebt. Vom neuen Machthaber Hu Jintao waren vorsichtige Äusserungen in Richtung einer Demokratisierung zu vernehmen, es muss sich aber erst noch herausstellen, ob er den Willen sowie die dazu nötigen Verbündeten hat, um einen politischen Reformkurs einzuschlagen und durchzusetzen.

Der neue Ministerpräsident Wen Jiabao: In das ebenfalls machtvolle Amt des Regierungschefs wurde der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao (auch: Xiaobao) gewählt. Er geniesst hohes Ansehen auch im Ausland, da er sich in den fünf Jahren als Stellvertreter Zhu Rongjis durch Pragmatismus und grosse Kompetenz ausgezeichnet hat. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros stand er dem gewaltsamen Eingreifen gegenüber den protestierenden Studierenden auf dem Tiananmen-Platz 1989 ablehnend gegenüber und entkam nur knapp der anschliessenden politischen Säuberungsaktion innerhalb der Partei.

3.1.2 Politische Stabilität

Im Gegensatz zum minutiös geplanten Machtwechsel traf der Ausbruch der SARS-Epidemie das kommunistische Regime völlig unerwartet und offenbarte tief sitzende Schwächen des Systems. Die Vertuschungsaffäre um das Ausmass der Verbreitung der Krankheit legte schonungslos die starren Strukturen der restriktiven Informationspolitik offen. Die Bewältigung der daraus erwachsenen innen- und aussenpolitischen Krise wird als grösste Herausforderung für die Regierung Chinas seit den Tiananmen-Unruhen von 1989 bezeichnet. Sie hat die unzufriedene Landbevölkerung zusätzlich gegen die Regierung aufgebracht, die Wirtschaft geschädigt und die Legitimation der regierenden Kommunistischen Partei untergraben. Ob die Krise sich zu einer realen Gefährdung für die neue Führung und das System auswachsen wird, hängt massgeblich ab von der weiteren Entwicklung der SARS-Verbreitung, dem Geschick der Regierung im Umgang damit sowie dem Verhalten westlicher Staatsführer gegenüber Peking. In der ersten Phase der Krisenbewältigung konnten Hu Jintao und Wen Jiabao durch grosses persönliches Engagement einigen Kredit zurückgewinnen.

⁴ vgl. International Committee for Tibet, Background Information on Hu Jintao, 18.04.2002, Internetquelle: www.savetibet.org; Tibet Information Network, The legacy of Hu Jintao in Tibet, 19.11.2002, Internetquelle: www.tibetinfo.net.

3.2 Die Situation in Tibet

Mit der Machtübernahme Mao Tse Tungs im Jahr 1949 änderte sich auch die chinesische Politik gegenüber Tibet.⁵ Die Nationale Volksarmee marschierte 1950 in Tibet ein, einerseits aus strategischen Gründen, da China eine US-amerikanische Invasion und damit eine direkte Bedrohung der jungen Volksrepublik befürchtete. Andererseits stand der Besetzung maoistisches Sendungsbewusstsein Pate – die Invasion wurde von den Kommunisten als "friedliche Befreiung" der tibetischen ArbeiterInnen bezeichnet. Zudem war die Kontrolle Tibets auch aufgrund seines Reichtums an Bodenschätzen interessant. Die Versprechen, nur ein kleines Kontingent von Soldaten an der tibetischen Grenze zu postieren und volle administrative und religiöse Freiheit zu gewähren, erwiesen sich als nichtig, weshalb es im Laufe der 1950er Jahre vermehrt zu spontanen Rebellionen und schliesslich zum Volksaufstand von Lhasa im Jahr 1959 kam. Dieser wurde mit aller militärischen Härte unterdrückt, der 14. Dalai Lama, geistiges und weltliches Oberhaupt der TibeterInnen, floh vor der drohenden Gefangennahme nach Indien. Der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands fielen über 87'000 TibeterInnen zum Opfer. Seither ist Tibet besetzt und steht unter der Kontrolle Pekings, das bis heute das Ziel seiner Integration in das "Mutterland" verfolgt, mit allen Konsequenzen für die Kultur und Religion Tibets. Obwohl die Einflussnahme Chinas auf Tibet eine lange Tradition hat, ist dies das erste Mal in der Geschichte, dass China die politische und kulturelle Einverleibung Tibets anstrebt.⁶

3.2.1 Die Exilregierung in Dharamsala

Als der Dalai Lama 1959 aus Tibet flüchtete, fanden er und seine Gefolgschaft Aufnahme in Indien, wo sie ein Stück Land auf dem Gebiet der nordindischen Stadt Dharamsala zur Verfügung gestellt bekamen. Dort hat sich bis heute eine Gemeinschaft entwickelt, die 80'000 Exil-TibeterInnen umfasst. Der Dalai Lama hat in Dharamsala eine Exilregierung aufgebaut, deren Politik er kontinuierlich nach dem Prinzip einer Demokratisierung von oben reformiert und die sich damit langsam vom seit Jahrhunderten überlieferten feudalen System seiner Vorgänger löst. Im Juli 2001 liess er erstmals einen Regierungschef wählen. Nach eigenen Angaben verfolgt der Dalai Lama das Ziel, sich aus der Politik zurückzuziehen, um sich auf seine religiöse Aufgabe konzentrieren zu können.

Die Funktion der Exilregierung liegt vorwiegend in der Repräsentation nach aussen und dem Werben um Unterstützung im Ausland, wobei der Dalai Lama selbst als Botschafter fungiert. Die Befugnisse der Regierung sind sehr begrenzt. Das Parlament kann keine bindenden Gesetze verabschieden, der Gerichtshof keine Strafen verhängen, sie wird international nicht anerkannt und besitzt kein Terrain.⁷

3.2.2 Widerstand gegen Besetzung und Unterdrückung

Auf Anordnung des Dalai Lama wurde der gewaltsame Widerstand, der sich nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands von 1959 formiert hatte, im Jahr 1974 eingestellt. Auch der gewaltlose Widerstand in Tibet hat in den letzten Jahren abgenommen, was auf Erfolge in der Repressions- und Einschüchterungspolitik der Behörden zurückzuführen ist. Viele

⁵ Das ethnische Gebiet Tibet besteht aus der Autonomen Region Tibet (TAR) und den in allen Richtungen daran angrenzenden Regionen auf dem Boden der chinesischen Provinzen Sichuan Yunnan, Qinghai und Gansu, Nepals und Nordindiens (Ladakh). Definiert wird das Gebiet des ethnischen Tibets aufgrund der Kultur, Religion und Verbreitung der Sprache Tibetisch. Die TAR wird in China auch als Provinz Xizang bezeichnet.

⁶ vgl. Norbu, Dawa: China's Tibet Policy, Routledge/Curzon Press, Surrey, 2002.

⁷ vgl. Webseite der Tibetischen Exilregierung, Internetquelle: www.tibet.com.

TibeterInnen sind dazu übergegangen, sich in einer Weise für die Erhaltung ihrer Kultur, Sprache, Religion und Identität einzusetzen, in der sie keine Gefängnisstrafen und Folter riskieren. 1970 wurde im Exil der Tibetische Jugendkongress (TYC)⁸ gegründet, der seither die Rolle einer ausserparlamentarischen Opposition spielt und der über 20'000 Mitglieder zählt. Obwohl er vorbehaltlos den Dalai Lama als Oberhaupt anerkennt, vertritt er eine radikalere Linie, indem er weiterhin den Kampf für die vollständige Unabhängigkeit Tibets propagiert, wenn nötig mit dem Einsatz des Lebens. Viele Mitglieder wären auch bereit, mit der Waffe für dieses Ziel zu kämpfen.⁹ Um die Regierung in China zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zu bewegen, hat der Dalai Lama bereits 1988 erklärt, nicht nach Unabhängigkeit, sondern nach wirklicher Autonomie für Tibet zu streben. Diese Politik des "Mittleren Wegs" hat er – trotz Kritik aus den eigenen Reihen – bis heute beibehalten.

3.2.3 Die Bedeutung des Regierungswechsels für Tibet

Die Bemühungen der Exil-Regierung in Dharamsala, einen Dialog mit Peking aufzubauen, waren lange Zeit vergebens. Die chinesische Seite bezeichnet das tibetische Oberhaupt noch heute als "Spalter" und weigert sich, ihn als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Im September 2002 wurde seit 20 Jahren erstmals wieder eine Delegation aus Dharamsala offiziell nach China und Tibet eingeladen. Nach Aussage der Delegierten waren die Gespräche "freundschaftlich" und es konnte eine Basis für die Aufnahme von weiteren Gesprächen geschaffen werden. Die Exilregierung in Dharamsala scheint alles daran zu setzen, dass ein regelmässiger Dialog aufgebaut werden kann. So hat der tibetische Ministerpräsident im Exil, Samdhong Rinpoche, der als Vertreter einer härteren Linie gegenüber China gilt, Exil-TibeterInnen und SympathisantInnen aufgefordert, auf Demonstrationen bei Staatsbesuchen Chinas bis zum Juli 2003 zu verzichten, um politische Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zu demonstrieren. Auch bemüht sich die amerikanische Regierung wieder stärker, China zur Aufnahme von Verhandlungen zu drängen. Ob aber die neue chinesische Regierung tatsächlich zum Dialog bereit ist oder ob der Empfang der Delegation nur dazu bestimmt war, Kritiker aus dem Ausland zu besänftigen, muss sich erst noch herausstellen.

Unter Exil-TibeterInnen sind die Erwartungen nicht gross, dass sich die Situation dank des Regierungswechsels bald bessern wird. Getrübt werden allfällige Hoffnungen durch die Erinnerung an Hus Zeit als Parteisekretär von Tibet, die von brutaler Unterdrückung geprägt war (vgl. Kapitel 3.1.1). Trotzdem hegt die Exilregierung in Dharamsala die Hoffnung, dass mit dem Wechsel an der Regierungsspitze eine Phase konstruktiverer Politik folgt. Immerhin ist Hu mit den Problemen besser vertraut als seine Vorgänger. Sein hartes Durchgreifen in Tibet wird heute weniger mit seiner ideologischen Überzeugung als vielmehr mit seinen Karriereplänen erklärt. Aufgrund der personellen Besetzung der Führungsspitze ist zu erwarten, dass der Tibetfrage grössere Priorität eingeräumt wird. Sichtbare Änderungen in der Tibetpolitik der neuen Regierungen werden aber frühestens in einigen Monaten erwartet.

4 Justiz

Die Organe der Rechtsprechung des Staates sind die Volksgerichte. Die oberste Gerichtsbarkeit und die Kontrolle aller anderen Gerichte liegt beim *Obersten Volksgerichtshof*

⁸ vgl. Tibetischer Jugendkongress, Internetquelle: <http://tibetanyouthcongress.org/homepage.htm>.

⁹ vgl. Demokratie im Exilstaat, Geo Special Nr. 4, Aug./Sept. 2002.

(*Supreme People's Court*) in Peking. Danach folgen – in dieser Reihenfolge – auf lokaler Ebene die *Höheren Volksgerichte (Higher People's Courts)*, *Volksgerichte der mittleren Ebene (Intermediate People's Courts)* und die *Volksgerichte der Grundebene (Basic People's Courts)*. Gegen ein Urteil kann höchstens einmal bei der nächsthöheren Instanz Berufung eingelegt werden, danach ist der Entscheid rechtskräftig. In einigen Fällen gibt es kein Recht auf zweitinstanzliche Beurteilung. Die Kompetenz für die Untersuchung eines Falles und des Schuldspruchs liegt nicht bei den Gerichten selbst, sondern bei den so genannten "People's Procuratorates". Die Gerichte legen nach erfolgtem Schuldspruch die Höhe der Strafe fest. Neben den Volksgerichten gibt es in China Sondervolksgerichte wie Militärgerichte, Seegerichte und Eisenbahngerichte.¹⁰

Zentrale Probleme in der chinesischen Justiz sind die fehlende Unabhängigkeit der Gerichte, die Existenz eines Systems der administrativen Haft, das heisst durch lokale Behörden vorgenommene Inhaftierungen ohne Anklage, Urteilsspruch oder juristische Kontrolle (vgl. Kapitel 5.1.5), sowie die weitverbreitete Anwendung von Folter.¹¹

Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen beruhen auf den Schwächen des Justizwesens. Amnesty International schätzt, dass im Jahr 2002 dadurch mehrere 100'000 Menschen in China Opfer behördlichen Machtmissbrauchs geworden sind. Die Probleme liegen sowohl auf der Ebene der Gesetze und des Justizsystems als auch in deren Anwendung. Letzteres gilt insbesondere für Gesetzesreformen, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden.¹²

Im Widerspruch zur chinesischen Verfassung nehmen Führungspersonen aus Regierung und Partei immer wieder entscheidenden Einfluss auf Gerichtsverfahren bis hin zum Diktieren des Urteils. Korruption und Interessenkonflikte vermindern die Unabhängigkeit des Urteils zusätzlich. Weitere regelmässig auftretende Verfahrensmängel sind: Mangelnde Transparenz in der Untersuchung¹³, erzwungene Geständnisse, die fehlende Unschuldsannahme, das fehlende Recht auf Verweigerung der Aussage, fehlende Regelungen betreffend die Darlegung von Beweisen – oft bei Abwesenheit von ZeugInnen, fehlende juristische Kontrollmechanismen, fehlender Schutz für Verteidiger in Kriminalprozessen, fehlende Möglichkeit, gegen ungesetzliche Handlungen der Behörden erfolgreich zu prozessieren.¹⁴

Grosse Mängel liegen im Bereich der Verteidigung: Nur wenige chinesische AnwältInnen sind bereit, Angeklagte in Strafgerichtsfällen zu verteidigen. Im Jahr 2002 verfügten Angeklagte in Kriminalprozessen nur in einem von sieben Fällen über eine juristische Verteidigung.¹⁵ Es wurden AnwältInnen für die Verteidigung ihrer KlientInnen in Haft genommen,

¹⁰ vgl. UK Home Office, China Country Assessment, Okt. 2002, Amnesty International, Establishing the rule of law and respect for human rights: The need for institutional and legal reforms, 22.10.2002, US Department of State, China Country Report on Human Rights Practice, 31.03.2003; Regierung der VR China: Internetquelle: www.china.org.cn/german/25029.htm; auf einer von der Peking University Law School betriebenen Webseite finden sich viele Informationen über das chinesische Rechtssystem: Internetquelle: www.lawinfochina.com

¹¹ Für eine Darstellung des Folterproblems vgl. Amnesty, Establishing the rule of law.

¹² Nach Schätzungen des US Departments of State sassen 2002 1300 Personen noch immer ihre Strafe wegen einer Verurteilung nach dem bereits abgeschafften "Gesetz gegen konterrevolutionäre Umtriebe" ab. Die meisten Inhaftierten waren aufgrund gewaltloser Äusserungen ihrer politischen Ansichten inhaftiert worden. Die Regierung argumentiert, dass kein Gesetz zur retrospektiven Entkriminalisierung existiere und das weiterhin bestehende Gesetz gegen die Gefährdung der Staatssicherheit dieselben Vergehen betreffe.

¹³ 1999 ordnete der Volksgerichtshof an, dass mit Ausnahme von Fällen, welche die Staatssicherheit, die Privatsphäre eines/r Beteiligten oder Minderjährige betreffen, Verfahren öffentlich sein müssen. Trotzdem führt die Ankündigung ausländischer Verfahrensbeobachter oft zur Deklaration des Falles als "die Staatssicherheit betreffend".

¹⁴ Gerichtsverfahren von BürgerInnen gegen den Staat nahmen im letzten Jahrzehnt zwar stark zu. Obwohl BürgerInnen in einigen Fällen erfolgreich gegen den Staat prozessiert haben, sind Urteile zugunsten von Dissidenten rar.

¹⁵ Entsprechend hoch ist die Verurteilungsrate in Strafgerichtsprozessen. 2002 lag sie bei etwa 90 Prozent.

von der Polizei misshandelt und von der Staatsanwaltschaft massiv eingeschüchtert. Die Verletzung des Rechts auf Verteidigung war besonders häufig in Verfahren gegen politische DissidentInnen sowie Führungspersonen und AnhängerInnen verbotener religiöser Bewegungen. Besonders in politisch brisanten Verfahren wird der Verteidigung oft untersagt, mit den Angeklagten zu sprechen. Das 1997 revidierte Strafprozessrecht gibt Verdächtigten das Recht, kurz nach ihrer Verhaftung und Befragung juristischen Beistand beizuziehen, in der Praxis wird dies aber oft umgangen. Für politische Aktivisten ist es besonders schwierig, kompetente juristische Unterstützung zu finden. Nach Einschätzung des US Department of State vom März 2003 wurden Prozesse um Kapitalverbrechen unter Bedingungen durchgeführt, welche die darauf folgende Vollstreckung der Todesstrafe an extralegale Tötung grenzen liessen.

5 Menschenrechtssituation

5.1 VR China allgemein

Behörden, Militär und Polizei begehen in China Menschenrechtsverletzungen in grosser Zahl. Die VR China hat zwar die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterschrieben, stellt aber bei Kritik deren universelle Gültigkeit in Frage und nimmt für sich eine eigene Interpretation in Anspruch.¹⁶

Die Menschenrechtssituation hat sich in den letzten zwei Jahren nochmals verschlechtert, was in direktem Zusammenhang mit der "Verbrechensbekämpfungskampagne" *Strike Hard* steht, welche die Regierung im April 2001 lanciert hat. Ursprünglich für eine Dauer von drei Monaten vorgesehen, dauert diese bis heute an und verfolgt nach offiziellen Angaben zwei Hauptziele: Ein "hartes Zuschlagen" gegenüber Kriminellen und eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren. Ins Visier genommen werden neben dem organisierten Verbrechen und korrupten Beamten auch "Terroristen", "Separatisten", "religiöse Extremisten" sowie Mitglieder "boshafter Kulte" wie Falun Gong. Besonders rigoros geht die Regierung gegen sogenannte "Spalter" in Xinjiang vor – Personen, die sich für ein unabhängiges Ostturkestan¹⁷ einsetzen. Charakteristisch für die Kampagne ist die grosse Zahl von Verhaftungen, Verurteilungen und Vollstreckungen von Todesurteilen an Massenversammlungen und eine nochmals erhöhte Anwendung der Todesstrafe. Die Zunahme der Repression gegen unliebsame Elemente ist zudem im Zusammenhang mit dem von den USA im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 ausgerufenen *Krieg gegen den Terrorismus* zu sehen, der China eine willkommene Gelegenheit bot, unter diesem Namen noch härter gegen Unabhängigkeitsbewegungen in Tibet, Xinjiang und der Inneren Mongolei vorzugehen.

Weitere Hauptprobleme der Menschenrechtspraxis in China sind willkürliche Verhaftungen, unfaire Gerichtsverhandlungen, Misshandlung und Folter in Haftanstalten, die Missachtung des Rechts auf Meinungs- und Religionsfreiheit und der Rechte der ArbeiterInnen. Verschärft hat sich auch die Situation bezüglich der Flüchtlinge aus Nordkorea, die in grosser Zahl zurück in ihre Heimat geschickt werden, obwohl sie dort akut verfolgungsgefährdet sind.

¹⁶ vgl. Human Rights in China, Internetquelle: <http://iso.hrichina.org/iso>

¹⁷ Vielen UigurInnen bezeichnen die Autonome Uigurische Region Xinjiang auch in Anlehnung an den von 1945-49 existierenden gleichnamigen Staat als *Ostturkestan* (auch: *Ostturkistan*).

5.1.1 Medienschaffende und InternetaktivistInnen

Die chinesische Regierung kontrolliert strikte alle Publikationen, den Rundfunk und zensiert ausländische Fernsehsender.¹⁸ Im Frühling 2003 befinden sich 39 Journalisten in chinesischen Gefängnissen, damit führt China das vierte Jahr in Folge die Liste der Staaten an, die Medienschaffende für die Ausübung ihrer Arbeit einsperren.¹⁹ Zu den Hauptanklagepunkten, für welche Haftstrafen meist zwischen zehn und zwanzig Jahren ausgesprochen wurden, zählen Propaganda, konterrevolutionäre Anstiftung, Anstiftung zur Rebellion, Verbreitung konterrevolutionärer Propaganda, "Weitergabe von Staatsgeheimnissen sowie das Schreiben und Verbreiten von Texten, in welchen sich AutorInnen für die Unabhängigkeit Tibets aussprechen. Im Vorfeld des Parteitags vom November 2002 startete die Regierung eine Säuberungsaktion in den Medien. Diese diente einerseits dazu, in der politisch heiklen Phase des Machtwechsels kritische Stimmen verstummen zu lassen und zielte andererseits auf die Eliminierung zu unabhängig berichtender Medien in den Provinzen ab. In Folge der marktwirtschaftlichen Öffnung sind die Presseerzeugnisse in den letzten Jahren professioneller, aber auch aggressiver im Schreibstil geworden, was zu einer Zunahme der staatlichen Repression gegenüber JournalistInnen geführt hat. Viele Medienschaffende und AutorInnen üben sich deshalb in Selbstzensur.

Bezüglich der Pressefreiheit machte die Regierung an der Medienkonferenz des 16. Parteitags der KP Chinas vom November 2002 klar, dass sich die Verhältnisse in China auch nach dem Regierungswechsel nicht so schnell ändern werden. Man gab klar zu verstehen, dass es Aufgabe der Presse sei, den Interessen der Partei und des Landes zu dienen.²⁰ Die SARS-Krise hatte zur Folge, dass die repressive Handhabung des Informationsflusses in China international stark in die Kritik geriet, die Regierung reagierte auf diese Berichterstattungen mit einer nochmals verschärften Zensur.

Gegenüber dem Internet verfolgt die Regierung eine ambivalente Strategie: Einerseits fördert sie deren Nutzung im Wissen um die ökonomische Bedeutung des Mediums, andererseits versucht sie, den freien Meinungs austausch und den Zugang zu unabhängigen Informationsquellen zu unterbinden. Die Internetnutzung hat denn auch in den letzten Jahren vorwiegend in städtischen, gebildeten Kreisen rasant zugenommen. Der grösste Teil der Bevölkerung Chinas verfügt aber nach wie vor über keinen Internetzugang.²¹

China praktiziert die weltweit umfassendste Internetzensur. So sind zahlreiche Websites gesperrt, die nach Ansicht der Regierung die Sicherheit und Stabilität gefährden und Misstrauen säen.²² In China nicht zugänglich sind unter anderem Nachrichtenseiten, Suchmaschinen (Google, Yahoo), Seiten von Bildungsinstitutionen, Regierungen anderer Staaten, Gesundheitsorganisationen, Minderheitengruppen, Kirchen und pornographische Sites. Ein wichtiges Instrument zur Kontrolle des Internet ist die Selbstzensur. Zahlreiche Internet-Anbieter, darunter Yahoo, verpflichteten sich dazu, von der Regierung unerwünschte Webseiten zu sperren. Die Auflagen zur Eröffnung eines Internetcafés sind streng, deshalb wird ein grosser Teil ohne Lizenz betrieben. Im April 2002 startete die Regierung eine Kampagne

¹⁸ Für detaillierte und aktuelle Berichte über die der Situation von Medienschaffenden vgl. Committee to Protect Journalists (CPJ), Internetquelle: www.cpj.org, Reporter ohne Grenzen, Internetquelle: www.rsf.fr

¹⁹ vgl. Committee to Protect Journalists, Attacks on the Press in 2002, China, 31.03.2003

²⁰ vgl. Chinas KP-Kongress nimmt Gestalt an, Neue Zürcher Zeitung vom 08.11.2002

²¹ vgl. RSF, Living Dangerously on the Net, 12.05.2003, Amnesty, State Control of the Internet in China, 27.11.2002; Amnesty (Kampagnen-Webseite), People's Republic of China: State control of the Internet

²² Die Harvard Law School fand in einer im Herbst 2002 durchgeführten Studie über 19'000 Webseiten, deren Zugang von China aus gesperrt ist. Man schätzt die tatsächliche Anzahl auf 50'000. vgl. Empirical Analysis of Internet Filtering in China, Harvard Law School, Internetquelle: <http://cyber.law.harvard.edu/filtering/china>

zur Schliessung der nicht lizenzierten Cafés und erhöhte im Oktober zusätzlich die Hürden für potentielle Betreiber.

Die NutzerInnen vom Internet und E-Mail werden kontrolliert und das Verbreiten von "subversiven" Inhalten führt zu hohen Strafen. Nach Angaben von Amnesty waren im November 2002 in China 33 Personen für Vergehen im Zusammenhang mit dem Internet in Haft. Zu den Vergehen, die im Jahr 2002 zu langen Haftstrafen führten, zählen das Herunterladen und Publizieren in Buchform von "konterrevolutionären Aufsätzen" und das Schreiben und Publizieren von kritischen Artikeln über die soziale Situation in China.²³ Am 9. Mai 2003 wurde der Betreiber einer Website zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er Artikel über die Demokratiebewegung von 1989 publizierte.²⁴ Im Januar 2001 wurde das Weitergeben von Staatsgeheimnissen an Organisationen und Individuen über das Internet zum Kapitalverbrechen erhoben, wobei beispielsweise bereits die Anzahl ausgesprochener und vollstreckter Todesurteile als Staatsgeheimnis deklariert ist. Die Strafen reichen von mehreren Jahren Gefängnis bis zu Hinrichtung.

5.1.2 Politisch Oppositionelle

Personen, welche die Politik der KPC kritisieren oder eine abweichende Meinung äussern, sind von Verfolgung durch Polizei und Behörden bedroht. Seit Dezember 1998 führt die Regierung eine Unterdrückungskampagne gegen die Demokratische Partei Chinas (CDP). Seither wurden mindestens 38 Führungskräfte der Partei zu langen Haftstrafen unter dem Anklagepunkt der Subversion verurteilt. Xu Wenli, ein Mitgründer der Partei, wurde vorzeitig aus der Haft entlassen, zwei weitere Gründungsmitglieder der Partei sitzen nach wie vor im Gefängnis. Zudem wurden einige Parteimitglieder für verschiedene kriminelle Vergehen wie Förderung der Prostitution, Pornographie und Diebstahl verurteilt. Die Rechtmässigkeit dieser Urteile wird von verschiedener Seite angezweifelt und als Versuch angesehen, die Demokratiebewegung zu denunzieren (vgl. Kapitel 4). Neben den Dissidenten befinden sich auch deren Angehörige in der Gefahr, für das Verhalten von Familienmitgliedern verhaftet zu werden.

Auch gegen protestierende ArbeiterInnen geht die Regierung vor. Im März 2002 demonstrierten Zehntausende von Entlassenen und RenterInnen vor allem in nordöstlichen Städten wegen nicht bezahlten Löhnen und Pensionsgeldern, dem Fehlen eines sozialen Netzes und Korruption bei Managern. Dabei griffen die Sicherheitskräfte unbewaffnete Demonstrierende an, Anführer wurden verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen wegen "versuchtem Umsturz der politischen Staatsmacht" verurteilt, ihre Angehörige eingeschüchtert und zusammengeschlagen.²⁵

5.1.3 Religiöse Gruppen

Die Politik der Regierung gegenüber Religionsgemeinschaften ist geprägt von der Absicht, keine Institutionen zu tolerieren, die eine Autorität ausserhalb der Kontrolle der Kommunistischen Partei darstellen.²⁶ Das Recht auf Religionsfreiheit ist in der chinesischen Verfassung festgeschrieben. Dennoch wird es von Behörden und Sicherheitskräften systematisch verletzt. AnhängerInnen verschiedener Kirchen und religiöser Gruppen werden staatlich

²³ vgl. Amnesty, State Control of the Internet in China, Appeal Cases, 27.11.2002

²⁴ vgl. China Internet Operator Jailed, BBC vom 19.05.2003

²⁵ vgl. Human Rights Watch, China: Harsh Sentences for Labor Activists, 10.05.2003

²⁶ vgl. US Department of State, International Religious Freedom Report 2002, 07.10.2002

verfolgt. Das US Department of State hat China neben Burma, Iran, Irak, Nordkorea und Sudan in seine Liste der "besonders besorgniserregenden Länder" in Sachen Religionsfreiheit aufgenommen.²⁷

Offiziell anerkannt sind Buddhismus, Taoismus, Islam, Protestantismus und Katholizismus. Die Mitgliedszahlen der Religionsgemeinschaften sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Regierung kämpft nicht gegen diese Entwicklung als solche an, sondern konzentriert ihre Anstrengungen auf die Überwachung und Regulierung der anerkannten Gemeinschaften. Waren Buddhismus und Taoismus als traditionelle chinesische Religionen früher noch in einer privilegierten Stellung, so verstärkte die Regierung die Kontrolle, als deren Anhängerschaft angewachsen war. Gezielt geht sie gegen nicht registrierte, als boshafte Kulte oder Sekten deklarierte Gruppierungen vor. Dazu zählen in erster Linie die Meditationsbewegung *Falun Gong* und protestantische und katholische Untergrundkirchen. Besonders ins Visier der Behörden geraten sind in den letzten Jahren die nicht registrierten christlichen Gemeinschaften in Peking und den Provinzen Henan, Shandong und Guangxi (Protestanten) sowie diejenige in Hebei (Katholiken). Die Existenz dieser illegalen Gemeinschaften ist grösstenteils auf die strengen Auflagen für eine Registrierung und die staatliche Kontrolle, die diese zur Folge hat, zurückzuführen. Kleine Gemeinschaften, so genannte Familienkirchen, werden in der Regel toleriert, solange sie nicht wachsen und keine engen Kontakte zu anderen nicht registrierten Gruppen unterhalten.

Die Verletzung der Religionsfreiheit geschieht mit Mitteln, die von Diskriminierung bis zu harter Repression reichen. Angehörigen der Nationalen Volksarmee ist es beispielsweise untersagt, religiös aktiv zu sein. Parteizugehörigkeit und religiöser Glaube werden von den Spitzen der KPC als unvereinbar betrachtet, was es Gläubigen stark erschwert, ein Regierungsamt zu erwerben. Gläubige werden auf vielfältige Art in der Religionsausübung behindert. Repression in Form von langen Gefängnisstrafen bis hin zu Todesurteilen²⁸ wird vor allem gegenüber denjenigen ausgeübt, die als Führungspersonen verbotener Religionsgemeinschaften identifiziert werden. Die Entsendung in Lager zur "Umerziehung-durch-Arbeit" wird jedoch ausgiebig auch bei gewöhnlichen Mitglieder angewandt (vgl. Kapitel 5.1.5).

Falun Gong²⁹: Ein persönliches Anliegen Jiang Zemin's war die seit mehreren Jahren konsequent betriebene Zerschlagung der Meditationsbewegung Falun Gong³⁰. Falun Gong ist in China seit dem 20. Juli 1999 verboten. Seither reicht die blossige Weigerung, die Bewegung oder deren Gründer Li Hongzhi zu denunzieren, für die Verhängung von Strafen, die vom Verlust des Arbeitsplatzes bis zu Gefängnis reichen.

²⁷ vgl. Human Rights Watch, State Department Fails to Designate Partners as Violators of Religious Freedom, 05.03.2003

²⁸ Oft geschieht die Verurteilung aufgrund von Anklagepunkten wie Mord oder Vergewaltigung in einem Prozess, in welchem elementarste Regeln eines fairen Verfahrens missachtet werden, wie zum Beispiel die Abstützung des Urteils auf durch Folter erpresste Zeugenaussagen.

²⁹ Für eine kurze Einführung vgl. China and "Falun Gong", Congressional Research Service (CRS) Report for Congress, Nov. 2002, Internetquelle: www.ecoi.net

³⁰ Die Bewegung *Falun Gong* (resp. *Falungong* oder *Falun Dafa*) wurde 1992 von Li Hongzhi initiiert. Ihre Hauptinhalte sind die Orientierung an einer von ihrem Gründer beschriebenen Lebenshaltung und das Praktizieren einer neuen Form der alten chinesischen Meditationstechnik *qigong*. Falung Gong hat keine formelle Organisation und es bedarf keiner Mitgliedschaft, um sich der Bewegung zugehörig zu fühlen und die Übungen praktizieren zu können. Das UK Home Office beschreibt Falung Gong weder als eine Sekte im westlichen Verständnis noch als religiöse Gruppierung, sondern als ein „kulturelles und nun politisches Phänomen der VR China mit religiösen Aspekten“ vgl. UK Home Office, Country Assessment, Okt. 2002.

Zur Kampagne gegen Falung Gong vgl. UK Home Office, Revolution of the Wheel – The Falun Gong in China and in Exile, 2002; Human Rights Watch, Dangerous Meditation, China's Campaign Against Falungong, 2002



Vor allem als Führungspersonen identifizierte AnhängerInnen von Falun Gong werden wegen Anklagepunkte wie "Gründung oder Gebrauch einer Sekte zur Untergrabung der Anwendung des Gesetzes" oder "Gefährdung der Staatssicherheit" zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Jahr 2001 lancierte die Regierung eine massive Kampagne gegen Falun Gong, diese beinhaltet breit angelegte Anti-Propaganda, eine Verhaftungswelle und organisierte Indoktrination, der sich Führungspersonen wie gewöhnliche AnhängerInnen zur "Umerziehung" unterziehen müssen und die bis zu mehreren Wochen dauern kann. Hat diese Massnahme nicht dazu geführt, dass die Festgenommenen Falun Gong abschwören, folgt üblicherweise die Entsendung in Lager zur "Umerziehung-durch-Arbeit", in welchen neben harter körperlicher Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen auch Schläge und Folter zur Erreichung des Ziels angewandt werden.

Die Polizei geht gegenüber Falun-Gong-Praktizierenden, auch Kindern und Alten, mit besonderer Brutalität vor: Die Gewaltanwendung reicht von Stockschlägen bei der Verhaftung, äusserst harten Haftbedingungen über Folter bis zu extralegalen Tötung. Im September 2002 registrierte Falun Gong 477 Todesfälle in Haft, das UK Home Office schätzt die effektive Zahl jedoch auf 1'600 Menschen. Die Zahl bestätigter Fälle hat sich bis Ende Mai 2003 auf 705 erhöht.³¹ Meist gibt die chinesische Polizei als Todesursache Selbstmord an. Besonders oft sind Falun-Gong-AnhängerInnen auch von der missbräuchlichen Einweisung in psychiatrische Anstalten betroffen, Schätzungen gemäss betrifft dies momentan rund 600 Personen.

5.1.4 Ethnische Minderheiten

Gemäss der im Jahr 2000 durchgeführten Volkszählung leben in der VR China 55 ethnische Minderheiten, die mit 106,43 Millionen Menschen 8,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die meisten Minderheiten leben in traditionell von ihrer Volksgruppe bewohnten Gegenden.³²

Minderheitenangehörige sind sowohl in Partei wie Behörden vertreten. Die politisch bedeutsamen Ämter werden aber fast durchwegs von Han-ChinesInnen ausgeübt. China kennt einige Gesetze zum Schutze von Minoritäten, in der Praxis werden Minderheitenangehörige aber gegenüber den Han-ChinesInnen in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Diskriminierung findet bezüglich Bildung, Arbeitsplatz und damit letzten Endes auch bezüglich Wohlstand statt. Programme, die diese Missstände bekämpfen sollen, kommen oft in erster Linie den dort ansässigen Han-ChinesInnen zugute.

In der Autonomen Region Innere Mongolei sind gemäss Jahresbericht 2002 von Amnesty Personen von politischer Haft bedroht, die sich für die Unabhängigkeit oder die kulturelle Eigenständigkeit der Region aussprechen, die Regierungspolitik kritisieren oder die Menschenrechtssituation kritisieren.³³ Dies gilt insbesondere für führende Mitglieder der Süd-mongolischen Demokratischen Allianz (SMDA). Während deren Vizepräsident im Dezember 2002 vorzeitig aus der Haft entlassen worden ist, sitzt der Präsident weiterhin im Gefängnis.³⁴

³¹ vgl. Falun Dafa Information Center, Internetquelle: www.faluninfo.net.

³² Für Angaben zu Bevölkerungszahl und Siedlungsgebiet aller chinesischen Minderheiten vgl. Regierung der VR China, Internetquelle: www.china.org.cn/de-shaoshu.

³³ vgl. Amnesty, Jahresbericht 2002 – China, 28.05.02

³⁴ vgl. Southern Mongolian Human Rights Information Center (SMHRIC), Internetquelle: www.smhric.org; vgl. auch: SFH, China – Innere Mongolei – Lageübersicht, Dez. 1999.

5.1.5 Gefängnisse, Lager und Anstalten

Unabhängigen Institutionen wie dem IKRK oder Menschenrechtsorganisationen gewährt die Regierung keinen Zutritt zu den Haftanstalten. In Ausnahmefällen wurden zwar auch schon unabhängige Beobachter eingelassen, diesen wurden aber ganz offensichtlich für deren Besuch hergerichtete Modellanstalten vorgeführt. Dennoch ist hauptsächlich durch Berichte ehemaliger Häftlinge einiges über die Zustände in Gefängnissen, Lagern und Anstalten bekannt.

Die **Haftbedingungen** sind generell sowohl für politische wie kriminelle Häftlinge hart und teilweise erniedrigend. Häufig vorkommende Mängel sind überfüllte Zellen, ungenügende sanitäre Einrichtungen, schlechtes Essen und mangelhafte bis praktisch nicht vorhandene medizinische Versorgung. Letzteres wiegt auf Grund der häufig angewandten Folter umso schwerer. Viele Gefängnisinsassen sind von zusätzlichem Essen und Medikamenten abhängig, die Angehörige überbringen. Prominenten politischen Gefangenen wird dies jedoch teilweise verweigert. Ein chinesischer Menschenrechtsaktivist, der selber 19 Jahre in einem Arbeitslager verbrachte, beschreibt das Gefängnisssystem in China als praktisch seit der Zeit Maos unverändertes Machterhaltungsinstrument der kommunistischen Partei.³⁵

Die Formen physischer und psychischer Folter, die in chinesischen Haftanstalten angewandt werden, sind vielseitig und beinhalten unter anderem gezielte Erniedrigung, bewusste Verweigerung von medizinischer Behandlung und Medikamenten, lange Einzel- und Isolationshaft, in Ketten legen, Ermutigung krimineller Insassen zur Misshandlung von politischen Häftlingen, Verharren lassen in schmerzhaften Stellungen – oft mit irreparablen medizinischen Folgen, Schläge (Brechen von Knochen), Elektroschocks, sexuelle Folter in verschiedenen Formen und Vergewaltigung. Der Oberste Volksgerichtshof selbst hat eingestanden, dass Menschen in Polizeigewahrsam zu Tode gefoltert wurden.³⁶

Weit verbreitet ist die Verhängung **administrativer Haft**. Diese existiert in verschiedenen Formen. Unter dem Namen "Obhut und Repatriierung" werden jedes Jahr über eine Million GastarbeiterInnen, BettlerInnen, Obdachlose, Behinderte, Geistig Kranke und andere von der Strasse weg verhaftet und eingesperrt. Die Inhaftierten haben selbst für Essen und "Unterkunft" aufzukommen, die Unterbringungsbedingungen sind oft unzumutbar und Misshandlungen häufig. Verschiedenen Berichten zufolge wären nur rund 15 Prozent dieser Menschen schutz- oder pflegebedürftig.³⁷

Die verbreitetste Form administrativer Haft sind die **Lager zur Umerziehung durch Arbeit**: Die Haftdauer kann – ohne Prozess oder Anklage – bis zu vier Jahren betragen.³⁸ Die Polizei wendet diese Form der Bestrafung für Benehmen oder Taten an, die formell nicht als Verbrechen definiert sind. In den Lagern werden die Insassen gezwungen, bis zu 16 Stunden täglich harte körperliche Arbeit zum Beispiel in einem Steinbruch zu verrichten. Gemäss Aussagen ehemaliger Gefangener führten Überarbeitung, Schläge von Wächtern und schlechte medizinische Versorgung auch zu Todesfällen. Anfang 2001 waren nach Einschätzung von Amnesty 310'000 Personen in Lagern zur "Umerziehung durch Arbeit" eingesperrt, eine Zahl die im Zuge des harten Durchgreifens gegen Falun Gong und der im April 2001 lancierten *Strike Hard* Kampagne noch zugenommen haben soll.

³⁵ vgl. UK Home Office, Country Assessment China, Okt. 2002

³⁶ vgl. UK Home Office, Country Assessment China, Okt. 2002

³⁷ vgl. Amnesty, Establishing the rule of law and respect for human rights, Okt. 2002

³⁸ vgl. UK Home Office, Country Assessment China, Okt. 2002

Die Inhaftierung im Rahmen von "Schutz und Überprüfung" sollte ursprünglich dazu dienen, Verdächtige ohne Anklage bis zu höchstens drei Monaten festhalten zu können. In der Praxis wird es oft dazu verwendet, Dissidenten und andere unliebsame Personen auch über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit wegzusperren. Diese Variante administrativer Haft wurde zwar mit der Revision des Strafprozessrechts offiziell abgeschafft, sie wurde jedoch in den Kriminalprozess integriert und wird damit weiter angewandt.

Eine weitere Form, unerwünschte Personen loszuwerden, ist die Zwangseinweisung in **psychiatrische Anstalten**. Besonders oft sind davon AnhängerInnen von Falun Gong betroffen. In ganz China gibt es 20 psychiatrische Hochsicherheitsanstalten für "kriminell Kranke". Sie unterstehen dem Sicherheits- und Innenministerium. In den Anstalten werden zur Disziplinierung gezielt Psychopharmaka und andere Medikamente eingesetzt, die qualvolle, aber keine therapeutischen Wirkungen haben. Weitere Massnahmen sind Fesselungen und Elektroschocks. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte spricht – gemäss "vorsichtigen Schätzungen" – von etwa 3000 politisch motivierten Zwangseinweisungen in die Psychiatrie. Die Regierung begründet diese Praxis damit, dass die Zwangseingewiesenen aufgrund ihrer Ansichten psychisch krank seien und damit eine Gefahr für die Gesellschaft darstellten. Betroffen von dieser Form von Haft sind neben Falun-Gong-AnhängerInnen unter anderem Regierungskritisierende, Angehörige der Arbeiterbewegung und AnhängerInnen und Mitglieder verbotener Religionsgemeinschaften.³⁹

5.1.6 Todesstrafe

In China werden jährlich mehr Menschen hingerichtet als in allen anderen Ländern der Erde zusammengenommen. Die Todesstrafe wird bei insgesamt 65 Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz, von Mord über Korruption, Drogendelikte, separatistische Aktivitäten in Tibet und Xinjiang bis zu Antiquitätenraub angewandt. Mitte Mai 2003 liess die Regierung verlauten, dass auch Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Lungenkrankheit SARS, das zum Tod anderer Menschen führt, mit der Hinrichtung geahndet werden kann. Die Vollstreckung geschieht üblicherweise durch Erschiessung, in einigen Provinzen wurde versuchsweise die Tötung mittels Injektion von Gift eingeführt. China hat die Anwendung der Todesstrafe zum Staatsgeheimnis erklärt, weshalb Informationen in diesem Bereich nur schwer zugänglich sind. Amnesty registrierte für das Jahr 2002 rund 4'000 Exekutionen, nach Schätzungen von Experten dürfte die Zahl zwischen 10'000 und 20'000 liegen.⁴⁰

Im Widerspruch zur Geheimhaltungspolitik soll die Todesstrafe der Abschreckung dienen, weshalb immer wieder Schauprozesse durchgeführt werden, bei welchen mehrere Angeklagte vor Tausenden von ZuschauerInnen abgeurteilt werden. Die Hinrichtung folgt meist am darauffolgenden Tag oder wenige Tage später ebenfalls öffentlich.

Obwohl im Dezember 2002 eine Konferenz zum Thema Todesstrafe abgehalten wurde, bei der sich chinesische Wissenschaftler klar für eine Abschaffung aussprachen, existiert die Todesstrafe 2003 weiter.⁴¹

³⁹ vgl. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Menschenrechte, 3, 2002, Internetquelle: www.igfm.de

⁴⁰ vgl. US Department of State, China – Country Report 2002, 31.03.2003

⁴¹ vgl. China questions death penalty, The Guardian vom 15.01.2003.

5.1.7 Frauen und Kinder

Gemäss Artikel 48 der Verfassung von 1982 sind die Frauen den Männern gleichgestellt. Die kommunistische Regierung hat auch immer wieder Anstrengungen unternommen, um das Ideal der Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen. Vor allem in ländlichen Regionen sitzen traditionelle Vorstellungen der Stellung der Frau noch tief und Misshandlungen kommen häufiger vor als in städtischen Gebieten. Frauen in Städten wissen eher um ihre Rechte. Es existiert jedoch kein Gesetz, welches Vergewaltigung in der Ehe explizit verbieten würde. Obwohl das Gesetz harte Strafen für Entführungen und Handeln mit Frauen und Kindern vorsieht, hat die wirtschaftliche Liberalisierung in den letzten Jahren zu einer Zunahme geführt.

1970 wurde in China eine strenge Familienplanungspolitik eingeführt, die hauptsächlich darauf abzielte, das Bevölkerungswachstum zu bremsen. Neben der Bestimmung, dass im Normalfall jedem Ehepaar nur ein Kind erlaubt ist⁴², können erblich vorbelastete Frauen zur Abtreibung gezwungen werden. Paare, die gegen die Bestimmungen verstossen, müssen mit sehr hohen Geldbussen oder verschiedenen administrativen Strafen rechnen, dazu gehören Entzug der Sozialleistungen, Degradierung oder Verlust des Arbeitsplatzes und sogar Zwangsabtreibung. Letzteres geschieht oft unter unhygienischen Bedingungen, ohne Narkose und auch noch im siebten und achten Schwangerschaftsmonat.

Die Familienplanungspolitik hat dazu geführt, dass Kindstötungen von Mädchen in Folge der traditionellen Präferenz für Jungen nach der Einführung der Ein-Kind-Politik 1979 wieder stark zugenommen haben. Die Mädchenmorde und geschlechtsselektive Abtreibungen haben zu einem krassen numerischen Missverhältnis der Geschlechter geführt: Es gibt heute rund 111 Millionen mehr Chinesen als Chinesinnen.⁴³

5.2 Tibet

Tibet kennt grundsätzlich dieselben Menschenrechtsverletzungen wie das übrige China. Zusätzlichen Probleme ergeben sich aufgrund der systematischen Zerstörung der tibetischen Kultur im Zuge der Sinisierungspolitik Pekings (Bestreben auf verschiedenen Ebenen, Tibet "chinesisch" zu machen) und der damit verbundenen Verfolgung sowie der brutalen Bekämpfung von Unabhängigkeits- und Autonomiebestrebungen. Die Situation in den ethnisch tibetischen Regionen Kham und Amdo, die sich auf dem Boden der chinesischen Provinzen Sichuan Yunnan, Qinghai und Gansu befinden, ist vergleichbar mit derjenigen in der Autonomen Region Tibet (Tibet Autonomous Region – TAR)⁴⁴

Im Jahr 2002 sind mehrere aus politischen Motiven inhaftierte TibeterInnen vorzeitig entlassen worden. Von verschiedener Seite wurde dies als Geste gewertet, um Kritiker in westlichen Regierungen zu besänftigen, zumal die Mehrzahl der Freigelassenen wenige Monate vor Ablauf der Haftzeit standen. Allgemein hat sich die Verfolgungssituation für TibeterInnen in den letzten Monaten und Jahren nicht verbessert.

⁴² In ländlichen Gegenden wird Han-Chinesinnen nicht selten erlaubt, ein zweites Kind auszutragen.

⁴³ vgl. John Gittings, Growing sex imbalance shocks China, The Guardian vom 13.05.2002; Für detailliertere Informationen zu Kindsmord an Mädchen in China siehe: Gendercide Watch: Case Study, Female Infanticide, Internetquelle: http://gendercide.org/case_infanticide.html.

⁴⁴ Der grössere Teil politischer Gefangener befindet sich zwar auf dem Boden der TAR, ausserhalb der TAR wurden aber seit 1996 mehr neue TibeterInnen aus Gesinnungsgründen inhaftiert vgl. Tibet Information Network, Changes in Pattern of Political Detention, 10.03.2003, Internetquelle: www.tibetinfo.net

5.2.1 Unterdrückung und Zerstörung der tibetischen Kultur – Verfolgung von Buddhisten

Von Verfolgung durch Einheiten der "Volksbefreiungsarmee" und der Militärpolizei bedroht sind Personen in Tibet, die sich öffentlich zu ihrer Religion bekennen oder religiöse Gegenstände besitzen. Die Militärpolizei unternimmt gewaltsame Razzien, bei welchen sie unangemeldet Wohnungen und Häuser nach buddhistischen Gegenständen durchsucht, wobei bereits das Auffinden einer Abbildung des Dalai Lama oder von religiösen Gegenständen zu Verhaftung und Folter führen kann. Der Fokus der *Strike Hard* Kampagne (vgl. Kapitel 5.1) wurde neu um den Straftatbestand "illegaler religiöser Handlungen" und des "illegalen Führens von TibeterInnen über die Grenze" erweitert.

Seit 1950 Truppen der Nationalen Volksarmee in Tibet einmarschiert sind, verfolgt China eine Politik der Zurückdrängung und Unterdrückung der tibetischen Kultur und gefährdet damit das einzigartige kulturelle, religiöse und sprachliche Erbe Tibets. Besonders fürchtet die Regierung in Peking die identitätsstiftende Wirkung des Lamaismus, der tibetischen Form des Buddhismus,⁴⁵ der für die Kultur und das Zusammengehörigkeitsgefühl der TibeterInnen eine zentrale Bedeutung hat. Während der Phase des *Grossen Sprungs nach vorn* (1958/59) und der *Kulturrevolution* (1966 – 1976) wurde das Ziel einer möglichst vollständigen Assimilierung mit besonderer Vehemenz verfolgt. Im Zuge dieser Kampagnen wurden rund 98 Prozent der tibetischen Klöster zerstört. Seither sind einige mit chinesischer Hilfe wieder aufgebaut worden – was die Zentralregierung immer wieder propagandistisch wirkungsvoll betont. Der teilweise Wiederaufbau hängt jedoch mit dem Ziel der Tourismusförderung in Tibet zusammen und ist im Lichte der gegenläufigen Politik der anhaltenden Unterdrückung freier Religionsausübung zu sehen. Nachdem auf die Kulturrevolution in den 1980er Jahren eine Phase grösserer Religionsfreiheit für die TibeterInnen folgte, haben die Anstrengungen Pekings, Tibet zu sinisieren, in den letzten Jahren wieder zugenommen. 1994 wurde eine Verschärfung der Kontrolle über die Mönchs- und Nonnenklöster beschlossen, die als "Brutstätten für die spalterischen Aktivitäten der Dalai-Clique" betrachtet werden.⁴⁶ Zwischen 1995 und 2002 sind gegen 19'000 Nonnen und Mönche aus religiösen Institutionen vertrieben und mindestens 24 Lehrstätten und Klöster ganz geschlossen worden.⁴⁷ 1997 wurden Arbeitseinheiten zur "Patriotischen Erziehung" eingesetzt, die die Aufgabe haben, Mönche und Nonnen zur Verleumdung des Dalai Lama und zum Schwören auf die Gefolgschaft der Kommunistischen Partei zu zwingen. Als Druckmittel werden die Androhung von Gewalt und des Ausschlusses aus dem Kloster eingesetzt.

Neben der Unterdrückung und Zerstörung der tibetischen Kultur treibt die Regierung auf der anderen Seite die Ausbreitung chinesisch-kommunistischer Kultur voran. So wird die Einwanderung von Han-ChinesInnen gefördert, werden alte tibetische Bauten abgerissen und neue in chinesischem Stil errichtet und die Durchsetzung der chinesischen Sprache angestrebt. In Lhasa wird heute Mandarin-Chinesisch gesprochen und der Bevölkerungsanteil der Han-ChinesInnen beträgt bereits über 50 Prozent. Zusätzlich gefördert wird die Zurückdrängung der tibetischen Kultur zugunsten der chinesischen mit dem Bau einer Eisenbahnlinie, die bis 2007 die westchinesische Provinz Qinghai mit Lhasa verbinden soll. Laut dem ehemaligen Premierminister Zhu Rongji sei der Bau der Bahn eine "strategische Entsch-

⁴⁵ In Presse und Literatur gebräuchlich, wird der Begriff *Buddhismus* für die tibetische, *Lamaismus* genannte Richtung verwendet, womit in diesem Bericht immer der tibetische Lamaismus gemeint ist.

⁴⁶ Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Menschenrechte, 3, 2002, Internetquelle: www.igfm.de

⁴⁷ Im Juli 2001 wurde die bedeutendste buddhistische Lehranstalt Tibets, das Serthar Institute, zu grossen Teilen abgerissen und 3000 der 3500 bis 4000 Nonnen und 7000 der 9000 StudentInnen aus dem In- und Ausland ausgeschlossen. vgl. Tibet Center for Human Rights and Democracy, *Destruction of Serthar Institute : A special report*, 2001, Internetquelle: www.tchrd.org

zung", um "den ökonomischen und kulturellen Austausch zwischen Tibet und dem Rest des Landes zu fördern und die Einheit der Nation zu stärken".⁴⁸ Während die Politik der Zurückdrängung der tibetischen Kultur in städtischen Gegenden offensichtliche Erfolge gebracht hat, ist der kulturelle Einfluss Chinas auf dem Land nach wie vor klein.

5.2.2 Unterdrückung von Widerstand

TibeterInnen, die Kritik an Unterdrückung und Politik der Regierung äussern oder sich gar für die Unabhängigkeit Tibets aussprechen, sind verfolgungsgefährdet. Die TAR ist auf dem Papier zwar autonom, faktisch wird die Politik jedoch von Peking aus diktiert.

Im Jahr 2002 wurden sieben politische Gefangene vorzeitig aus der Haft entlassen, auf der anderen Seite registrierte das Tibet Center for Human Rights and Democracy 40 neue Gesinnungshäftlinge und einen Todesfall in Gefangenschaft. Das Tibet Information Network gab im März 2003 die Zahl von 170 TibeterInnen bekannt, die aufgrund ihrer bekannt gewordenen Gesinnung im Gefängnis sitzen. Zwischen 1997 und 2001 ging die Anzahl politischer Häftlinge rapide zurück, zum einen weil viele Strafen ausgelaufen sind, zum anderen wegen einem Rückgang bei den neuen Verhaftungen. Zuletzt sank die Zahl nur noch leicht, was auf eine Zunahme politisch motivierter Verhaftungen in der osttibetischen Region Kham und auf viele langjährige Gefangene zurückzuführen ist. Als weiterer Grund für den Rückgang von Verhaftungen in den letzten Jahren gilt, dass die Einschüchterungspolitik Chinas erfolgreich implementiert wurde und viele TibeterInnen vor offenen Protestäusserungen zurückschrecken.⁴⁹

Im Januar 2003 wurden zwei Lamas (hohe tibetische Geistliche) im ethnisch tibetischen Teil der Provinz Sichuan zum Tode verurteilt. Der eine, Lobsang Dhondup, wurde kurze Zeit später hingerichtet, die Vollstreckung der Todesstrafe für den anderen, Tenzin Deleg Rinpoches, ist in zwei Jahren angesetzt. Die beiden Mönche wurden in einem geheimen Verfahren nach monatelanger Isolationshaft und ohne ausreichenden juristischen Beistand für eine Serie von Bombenattentaten in der Provinz Sichuan verurteilt. Angesichts des Verfahrens und der Vergangenheit der Verurteilten sind ernsthafte Zweifel an der Rechtmässigkeit der Urteile angebracht.⁵⁰ In Zusammenhang mit dem Verfahren wurden weitere Mönche und Geschäftsmänner, die den Angeklagten nahe standen oder sich für sie einsetzten, verhaftet und Berichten zufolge auch gefoltert. Zwei Mönche, die in das Verfahren involviert waren, werden seit dem 8. April 2002 vermisst. Das vollstreckte Todesurteil ist das erste im Fall eines tibetischen politischen Gefangenen seit vielen Jahren, weshalb Amnesty befürchtet, dass dies der Beginn einer Ausweitung dieser Praxis auch ausserhalb Tibets bedeuten könnte.⁵¹

Durch das politische Engagement einer Person ist auch der Rest der Familie akut von Verhaftung bedroht. Die Festnahme eines Familienmitglieds führt zudem üblicherweise zu vermehrten Razzien, dem Abfangen der Post, dem Anbringen von Wanzen im Haus und zu Ausreiseverboten.

⁴⁸ vgl. Hilbk, Merle: Beijings strategischer Zug, Geo Special Nr. 4, Aug/Sept. 2002.

⁴⁹ vgl. Tibet Information Network, In the Interests of the State, Hostile Elements III – Political Prisoners in Tibet 1987 – 2001, Juni 2002, Internetquelle: www.tibetinfo.net

⁵⁰ Tenzin Delek war ein einflussreicher Lama und religiöser und sozialer Aktivist, der Klöster, Schulen, Waisenhäuser und Strassen bauen liess.

⁵¹ Amnesty, People's Republic of China: Amnesty International condemns execution of Tibetan, 27.01.2003

Seit 1987 sind 52 tibetische politische Gefangene in Haft gestorben, davon 40 höchstwahrscheinlich in Folge Misshandlungen durch das Gefängnispersonal.⁵² Die Berichte von Foltermethoden gleichen denjenigen aus dem restlichen China und sprechen unter anderem vom Brechen der Knochen mittels Stockschlägen, Elektroschocks, Anlegen von Daumenhandschellen und Aufhängen an der Decke, Isolationshaft und der Verweigerung medizinischer Betreuung. Gefangene werden routinemässig auf ihre Gesinnung geprüft und bestraft, wenn sie sich dem chinesischen Staat gegenüber nicht loyal eingestellt zeigen. Im Gefängnis *Drapchi* in Lhasa wurden politische Gefangene zwischen sechs Monaten und einem Jahr in Isolationszellen eingesperrt, um ihren Willen zu brechen. In diesem Gefängnis befindet sich der grösste Teil der in der TAR inhaftierten politischen Gefangenen und sie gilt als die berüchtigste Anstalt in Tibet.

5.3 UigurlInnen in Xinjiang

In der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang (XUAR) leben 11 Millionen Muslime, davon sind 8,7 Millionen UigurlInnen. Mittlerweile leben dort auch etwa 7,5 Millionen Han-ChinesInnen, der grösste Teil von ihnen ist nach der Besetzung Ostturkestans durch die Kommunisten im Jahr 1949 eingewandert.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und George W. Bushs Ausrufung des *Kriegs gegen den Terrorismus*, hat die Regierung in Peking die Gunst der Stunde genutzt, um ihre Unterdrückungskampagne gegenüber den UigurlInnen in Xinjiang nochmals zu intensivieren.⁵³ Die Repression erreichte deshalb im Jahr 2002 einen neuen Höhepunkt. Tausende von UigurlInnen wurden seither festgenommen, Hunderte zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Mit geschätzten knapp zwei Exekutionen pro Woche ist Xinjiang die Region mit der höchsten Hinrichtungsrate Chinas.⁵⁴

Wie in Tibet verüben in der XUAR Regierung, Behörden, Militär und Polizei die oben beschriebenen, für China typischen Menschenrechtsverletzungen. Hinzu kommen spezifische Probleme wie eine intensive Unterdrückungskampagne, eine systematische Zurückdrängung und Zerstörung der Kultur, Diskriminierung und vehemente Bekämpfung jeglicher Unabhängigkeitsbestrebungen.

Auch für die muslimischen UigurlInnen ist die Religion das wichtigste verbindende und identitätsstiftende Element. Dies hat die kommunistische Führung Chinas früh erkannt und versucht, die Unabhängigkeitsbestrebungen mittels der Unterdrückung der Religionsausübung zu bekämpfen. Im Zuge der Kampagne gegen illegale religiöse "Kulte" geht die Zentralregierung auch in Xinjiang härter gegen den Islam vor. Die chinesische Regierung praktiziert seit den 1950er Jahren eine gezielte Unterdrückung von Religion und Kultur und fördert den Aufbau einer chinesisch dominierten Wirtschaft sowie die Einwanderung von Han-ChinesInnen. Machten die UighurlInnen vor 1950 in der Hauptstadt Urumqi beispielsweise noch 80 Prozent der Bevölkerung aus, so sind es heute als Folge der Einwanderungsförderung von Han-ChinesInnen gerade noch 20 Prozent. Ähnlich wie die TAR hat auch die XUAR nur einen theoretischen Autonomie-Status, die Politik wird faktisch von Peking bestimmt.

⁵² vgl. Tibet Information Network, Changes in Pattern of Political Detention, 10.03.2003

⁵³ Für eine Darstellung bis Dezember 2001, vgl. SFH, Die Situation in der chinesischen Region Xinjiang und die Lage der Uiguren, Dez. 2001

⁵⁴ Für eine aktuelle Darstellung vgl. UNCHR, China's Minorities: The case of Xinjiang and the Uyghur People, 16.05.2003, Internetquelle: www.ecoi.net

Seit Beginn der 1990er Jahre, als China aus Angst vor zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen infolge der politischen Umwälzungen in der Region die Repression in Xinjiang massiv verstärkt hatte, entstand von Seiten der UigurInnen gewaltsamer Widerstand. Die Kampagne Chinas richtet sich bis heute jedoch genauso gegen gewaltlosen Widerstand wie friedliches Demonstrieren, das Äussern einer abweichenden Meinung und die Ausübung der Religion. Protest und Demonstrationen werden von offizieller Seite als "terroristische Aktivitäten" betrachtet, sämtliche in- und ausländischen Ostturkestan-Vereinigungen werden offiziell als "terroristische Organisationen" geführt. Personen, die sich gegen staatliche Unterdrückung wehren oder sich gar für eine Unabhängigkeit Xinjiangs aussprechen, werden als "ethnische Separatisten" oder "Terroristen" verfolgt.

Die zuletzt bekannt gewordenen prominentesten Fälle von politischen Häftlingen betreffen den uigurischen Historiker Tohti Tunyaz, der bei der Recherchearbeit verhaftet und im März 1998 zu einer 11-jährigen Gefängnisstrafe für "Anstiftung zu Separatismus" und "illegales Erwerben von Staatsgeheimnissen" verurteilt wurde sowie die uigurische Geschäftsfrau Rebiya Kadeer, die im Jahr 2000 zu acht Jahren Gefängnis für das Weitergeben von Staatsgeheimnissen (eine Liste von Angeklagten und Zeitungsartikel aus der offiziellen Presse) an Ausländer verurteilt worden war. Kadeer wurde offenbar gefoltert und ist nach Angaben von Angehörigen bei schlechter Gesundheit. Sie leidet unter ungenügender medizinischer Betreuung, eine zusätzliche Versorgung von aussen wurde von den Behörden untersagt.⁵⁵

Die gegen UigurInnen angewandten Foltermethoden sind äusserst grausam. Gemäss Berichten ehemaliger Häftlinge gehören dazu unter anderem verschiedene Methoden der Verletzung der Genitalien, Vergewaltigung und sexueller Missbrauch, Elektroschocks (elektrischer Stuhl) und das Aussetzen extremer Kälte.⁵⁶

6 Sozio-ökonomische Situation

6.1 VR China

6.1.1 Entwicklung und Zustand der Wirtschaft

Während der politische Reformkurs seit der blutigen Unterdrückung der Demokratiebewegung 1989 ins Stocken geraten ist, wurde die 1978 begonnene Öffnung gegenüber der Marktwirtschaft bis heute konsequent und erfolgreich weitergeführt. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der VR China war im November 2002 knapp dreimal so hoch wie 1989. Im Jahr 2002 stieg es um acht Prozent.⁵⁷ 2001 trat China der Welthandelsorganisation (WTO) bei und Jiang Zemin legte in seiner Abschiedsrede dar, dass er die künftige Legitimation der Macht der Kommunistischen Partei in einem Aufbruch sieht, zu welchem der "Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand" und die "Vervollständigung eines sozialistischen Marktwirtschaftssystems" gehören. Neben der Neubesetzung der Führung des Landes wurde auf dem Nationalen Volkskongress vom März 2003 auch ein umfassendes Reformprogramm verabschiedet, welches eine Anpassung an westliche Strukturen darstellt, die sich

⁵⁵ vgl. Amnesty, Uighur historian behind bars, Aug.-Nov.2002

⁵⁶ vgl. Uyghur American Association, Internetquelle: www.uyghuramerican.org.

⁵⁷ vgl. Auftakt zum Parteitag in Peking, Neue Zürcher Zeitung vom 09.11.2002.

im Zuge der Umgestaltung der Ökonomie sowie dem steigenden Zustrom ausländischen Kapitals aufgedrängt haben.⁵⁸ Symbolische Bedeutung bezüglich der Abkehr vom Dogmatismus früherer Zeiten hat auch der Beschluss der Kommunistischen Partei, in ihre Reihen offiziell Wirtschaftskräfte aufzunehmen.

Den wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen steht aber eine Reihe von grossen sozioökonomischen Problemen gegenüber. Dazu gehören eine wachsende Auslandverschuldung, überschuldete Banken, marode Staatsunternehmen, massive Umweltprobleme und eine Verbreitung der Korruption, die mittlerweile systembedrohende Ausmasse angenommen hat.⁵⁹

6.1.2 Lebensbedingungen in China

Die Kehrseite des Wirtschaftsbooms ist, dass nur eine wachsende Mittelschicht und eine kleine Elite im Südosten des Landes und in den Grossstädten davon profitiert. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat keinen Anteil am neuen Wohlstand, deshalb hat sich die Lücke zwischen Arm und Reich in den letzten 20 Jahren in China weiter aufgetan als in allen anderen Ländern der Welt.⁶⁰ Die offizielle Armutsgrenze liegt bei 625 Yuan (100 SFr.) pro Jahr; darunter fallen 30 Millionen Menschen in China. Die Weltbank schätzt, dass zwischen 100 und 150 Millionen ChinesInnen von Armut betroffen sind.⁶¹

Die Trennlinie zwischen Arm und Reich verläuft geographisch zwischen Stadt und Land. 65 Prozent der Bevölkerung Chinas lebt auf dem Land, deren Anteil am BIP beträgt aber nur gerade 20 Prozent. Das Durchschnittseinkommen in der Stadt ist gut dreimal höher als in den ländlichen Regionen. Die steigende Not auf dem Lande führte zu einer ausgeprägten Landflucht, Schätzungen zufolge wird sich der Anteil der StädterInnen in den nächsten 50 Jahren von 37 Prozent auf 75 Prozent verdoppeln. Dies trägt dazu bei, dass trotz steigendem durchschnittlichen Lebensstandard und einer Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit in den Städten am Steigen ist. Nach offiziellen Angaben beträgt sie sieben Prozent, unabhängige Quellen sprechen von geschätzten 15 bis 25 Prozent.⁶²

Seit den 1950er Jahren existiert in China ein Registrierungssystem, welches darauf basiert, dass jede Familie im Besitz einer Registrierungskarte (*hukou*) ist, welche die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für ein bestimmtes Gebiet enthält und ihre Besitzer als Stadt- oder LandbewohnerInnen kategorisiert. Dieses Dokument wird von den Eltern an die Kinder weitervererbt. Für LandbewohnerInnen bedeutet dies, dass man von städtischen Leistungen des Staates wie zum Beispiel Bildung ausgeschlossen bleibt. Entsprechend begehrt sind "Stadt-*hukou*". Im Zuge der Wirtschaftsreformen wurde das restriktive Kontrollsystem etwas gelockert. Nach wie vor bedeutet es aber eine starke Beschränkung der Bewegungsfreiheit und ist Mittel staatlicher Kontrolle.⁶³

⁵⁸ Die wesentlichen Punkte des Programms sind: Endgültige Abkehr von der Planwirtschaft und den Fünfjahresplänen; Schaffung zweier Sonderkommissionen, die sich um die Umwandlung der maroden Staatsbanken in profitable Finanzinstitute und die Förderung der Privatisierung von Staatsunternehmen kümmern sollen; konsequente Bekämpfung der Korruption und verschiedene Massnahmen zur Verhinderung bzw. Bekämpfung sozialer Spannungen.

⁵⁹ vgl. Umfassende Regierungsreform in China, Neue Zürcher Zeitung vom 11.03.2003.

⁶⁰ vgl. Wie anders ist die potentielle Supermacht?, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.12.2003.

⁶¹ vgl. US Department of State, China – Country Report 2002, 31.03.2002

⁶² vgl. China debattiert erstaunlich offen über die soziale Frage, Neue Zürcher Zeitung vom 22.04.2003.

⁶³ vgl. Mevenkamp, Nils, Methodische Überlegungen zur Beschreibung des Migrationsgeschehens in China anhand von Daten der Volkszählung 2000, Mai 2002, Internetquelle: www.asienkunde.de

Die Staatsausgaben für Bildung sind in China mit 2,5 Prozent des BIP sogar im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern unterdurchschnittlich tief.⁶⁴ Nach eigenen Aussagen ist sich die neue Führung des Ausmasses der sozialen Probleme bewusst, deshalb hat sie betont, dass ein Schwergewicht ihres Programms auf deren Bekämpfung liegen wird. Für chinesische Kinder besteht eine neunjährige Schulpflicht. Vor allem auf dem Land verlassen jedoch Millionen von Kindern jedes Jahr vorzeitig die Grundschule, weil ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr aufbringen können. In den Städten gibt es eine grosse Zahl von Kindern, die nie zur Schule gehen. Aufgrund der restriktiven Registrierungspolitik hält sich ein Grossteil der internen MigrantInnen und Wanderarbeiter illegal in den Städten auf, ihren Kindern wird der Zutritt zur Schule meist gänzlich verwehrt oder mit dem Verlangen von horrenden "Verwaltungsgebühren" oder "Spenden" verunmöglicht. Obwohl die Regierung gewisse Anstrengungen unternommen hat, um diesen Missstand zu beheben, können aus diesem Grund schätzungsweise 1,8 Millionen Kinder ihr Recht auf Schulbildung nicht wahrnehmen.

6.1.3 Medizinische Situation

Die Verbreitung der Lungenkrankheit SARS deckte die Mängel im Gesundheitssystem Chinas deutlich auf. Das Gesundheitssystem wurde im Zuge eines seit 1978 andauernden Prozesses des Wechsels von der Plan- zur Marktwirtschaft grob vernachlässigt. Es ist heute unterentwickelt und unterfinanziert. Die Versorgung für Mittellose ist nicht mehr gewährleistet. Das alte System der vom Betrieb oder den Behörden finanzierten, für die PatientInnen unentgeltlichen medizinischen Versorgung ist nicht durch ein neues ersetzt worden, was zur Folge hat, dass heute nur etwa 15 Prozent der Bevölkerung Chinas krankenversichert ist. Auch die Versicherung garantiert noch keine adäquate Versorgung. Diese ist meist nur durch private Übernahme des grössten Teils der Kosten zu erhalten. Für eine stationäre Behandlung in Peking müssen beispielsweise erst 10'000 Yuan hinterlegt werden, was mehr als das doppelte eines durchschnittlichen Jahreseinkommens darstellt.⁶⁵

Auch im Bereich der medizinischen Versorgung besteht ein markanter Stadt-Land-Gegensatz. 65 Prozent aller ChinesInnen leben auf dem Land. Ihnen stehe aber nur 30 Prozent der medizinischen Ressourcen zur Verfügung. Zudem ist der Grossteil der Landbevölkerung zu arm, um überhaupt einen Arzt aufzusuchen. Das über Jahrzehnte gewachsene Problem fehlender Infrastruktur auf dem Land lässt sich heute jedoch nicht mit Sofortmassnahmen – wie sie bei der SARS-Krise ergriffen wurden – lösen.

6.2 Tibet

6.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Peking unternimmt enorme Anstrengungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Tibets. Mit gewaltigen Infrastrukturprojekten soll das abgelegene Land näher an China gebracht, die Lebenshaltung verbessert und das Reservoir an Rohstoffen genutzt werden. Die Wirtschaft der Autonomen Region Tibet verzeichnet denn auch seit 2001 starke Zuwachsraten. Das BIP stieg nach Angabe der staatlichen Newsagentur Xinhua im Jahr 2002 um über 12 Prozent. Die positiven Wachstumszahlen sind aber hauptsächlich auf eine starke Zu-

⁶⁴ vgl. Human Rights in China, Shutting out the poorest: Discrimination against the most disadvantaged migrant children in city schools, 08.05.2002

⁶⁵ vgl. Sogar unter Mao war es besser, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.04.2003.

nahme der staatlichen Investitionen zurückzuführen. Gewachsen sind in erster Linie die Bauindustrie, Handel, Transport, Dienstleistungen und Administration. Die tibetische Wirtschaft ist geprägt von einem überdimensional starken, chinesisch-dominierten und von ausen aufgesetzten tertiären Sektor und einem unterdurchschnittlich kleinen, städtischen, staatlich geprägten und bauorientierten industriellen Sektor. Investitionen in den ländlichen Gebieten sind bislang gänzlich ausgeblieben. Durch die zerstörte ursprüngliche Struktur der bäuerlichen Wirtschaft steckt die Landwirtschaft in der Krise und stagniert seit Anfang der 1990er Jahre.⁶⁶

6.2.2 Lebensbedingungen in Tibet⁶⁷

Tibet ist eine der ärmsten Regionen der Volksrepublik und die TibeterInnen sind eine der ärmsten ethnischen Gruppen. Selbst nach offiziellen Angaben lebt jedeR fünfte TibeterIn in extremer Armut.⁶⁸

Eines der zentralen Argumente Pekings zur Legitimation der Besetzung Tibets sind die wirtschaftlichen Fortschritte, die China der rückständigen Bergregion gebracht habe. Da 85 Prozent der TibeterInnen auf dem Land leben und vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigt sind, geht der wirtschaftliche Fortschritt jedoch grösstenteils an ihnen vorbei. Die Regierung lancierte zwar 1999 erneut ein Programm zur "Entwicklung des Westens". In dessen Rahmen fliessen jährlich Milliarden von Dollars von Peking in die westlichen Randregionen. De facto dient dieses Programm jedoch vor allem zwei Hauptzielen der Zentralregierung: Der Ausbeutung der tibetischen Bodenschätze und der Zunahme der Einwanderung von Han-ChinesInnen. Diesen Zielen dient auch das Mammutprojekt des Baus einer Eisenbahnlinie von Qinghai nach Lhasa, in welches riesige Summen von Staatsgeldern gesteckt werden. Ein chinesischer Wissenschaftler charakterisierte das *Western Development Program* mit "Westliche Ausbeutung – östliche Entwicklung".⁶⁹ Entgegen propagandistisch verbreiteten Aussagen der chinesischen Regierung, dass die Besetzung den TibeterInnen Wohlstand gebracht habe, ist das Einkommen auf dem Land, wo die Mehrheit der TibeterInnen lebt, in den letzten Jahren real sogar gesunken. Gemessen an der Kaufkraft ist das Durchschnittseinkommen in ländlichen Gegenden heute tiefer als 1992, es ist das tiefste ganz Chinas. Das städtische Durchschnittseinkommen hingegen liegt über dem Landesmittel, was auf die staatliche Anhebung der Löhne zur Förderung der Einwanderung zurückzuführen ist. Die in der Stadt lebenden TibeterInnen werden diskriminiert: Han-ChinesInnen werden bei Einstellungen bevorzugt. Das Beherrschen von Mandarin-Chinesisch ist Voraussetzung für viele Stellen. Es ist für TibeterInnen schwieriger, eine Erlaubnis und Anleihen zur Eröffnung eines Geschäfts zu erhalten.

Hu Jintao erklärte den tibetischen Delegierten am 9. Nationalen Volkskongress vom März 2003, dass die zentralen Aufgaben für Tibet die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, das Vorantreiben von Reformen und das Verbessern des Lebensstandards der Menschen sei. Bis heute lassen sich von Regierungsseite jedoch keine Anstrengungen erkennen, die auf eine Besserung für die Mehrheit der TibeterInnen hoffen liessen.

⁶⁶ vgl. Tibet Information Network, Deciphering Economic Growth in the Tibet Autonomous Region, 08.04.2003

⁶⁷ vgl. Canada Tibet Committee, Poverty by Design, August 2002, Internetquelle: www.tibet.ca

⁶⁸ vgl. Tibet Information Network, Despite economic boom, rural standards of living in the Tibet Autonomous Region still below 1992 levels, 06.02.2003

⁶⁹ vgl. Tibet Center for Human Rights and Democracy, Annual Report 2002: The Human Rights Situation in Tibet, Internetquelle: www.tchrd.org

Die anstelle der traditionellen Klosterschulen auf Anordnung der Regierung in Peking errichteten Lehranstalten sind auf die Förderung der chinesischen und die Unterdrückung der tibetischen Kultur ausgerichtet. Im Mai 2002 deklarierte die Regierung zwar Tibetisch als offizielle Sprache und beschloss deren Förderung, bislang hapert es aber stark an der Umsetzung, weshalb unwahrscheinlich ist, dass diese Massnahmen die weitere Zurückdrängung der tibetischen Sprache stoppen werden.⁷⁰ Viele Familien lassen ihre Kinder unter grossen Risiken nach Indien bringen, damit sie dort eine buddhistische Ausbildung erhalten. Der Anteil der Kinder, die eine Grundschule besuchen, ist mit 87 Prozent zwar relativ hoch, die meisten SchülerInnen in ländlichen Gegenden gehen aber nur zwischen einem und drei Jahren zur Schule. Für die meisten Kinder Tibets beschränkt sich die Schulbildung – wenn überhaupt – auf die Grundschule. Nach offiziellen chinesischen Statistiken sind 42 Prozent der EinwohnerInnen Tibets vollständig oder teilweise Analphabeten. In einigen Gegenden macht der Anteil gar bis zu 90 Prozent aus.⁷¹

6.2.3 Medizinische Situation

Im Bereich der medizinischen Versorgung verweist die Regierung auf den Bau unzähliger Spitäler und auf die Ermöglichung des Zugangs für die Unterschicht. Die Autonome Region Tibet gehört jedoch bezüglich Gesundheit und medizinischer Betreuung zu den unterentwickeltesten Regionen der VR China. Steigende Spalkosten und ein Mangel an ausgebildetem Personal tragen zu einer stetigen Verschlechterung der allgemeinen Gesundheit bei. Tibet kämpft häufig mit Krankheiten, die durch Mangelernährung hervorgerufen werden und mit Seuchen. Eine Mehrheit der TibeterInnen hat keinen Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung. Als Folge davon ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit sehr hoch und jährlich stirbt eine grosse Zahl von TibeterInnen an leicht behandelbaren Krankheiten wie Durchfall oder Lungenentzündung.⁷² Wie im übrigen China ist die medizinische Versorgungslage in Tibet auf dem Land prekärer als in den Städten.

6.3 Situation der UigurlInnen in Xinjiang

Die sozioökonomische Lage der UigurlInnen ist vergleichbar mit derjenigen der TibeterInnen in der TAR. Sie werden bezüglich Ausbildung und Arbeitsplätzen gegenüber den Han-ChinesInnen diskriminiert, die Armut ist im Vergleich mit dem Landesmittel überdurchschnittlich hoch und die medizinische Versorgung ist mangelhaft.⁷³

7 Flucht und Rückkehr

7.1 VR China

Menschen, die aus China flüchten, sind meist auf Schlepper angewiesen. Die so genannten "Schlangenköpfe" (*shetou*) sind vor allem in Süd- und Ostchina aktiv. Die Flüchtlinge laufen

⁷⁰ vgl. Tibet Information Network, Tibet Autonomous Region's Regulations on Tibetan Language unlikely to stop the growing influence of Chinese, 30.01.2003

⁷¹ vgl. US Department of State, China – Country Report 2002, 31.03.2003

⁷² vgl. Tibet Information Network, Delivery and Deficiency: Health and Health Care in Tibet, Nov. 2002

⁷³ vgl. SFH (Roland Portmann): Die Situation in der chinesischen Region Xinjiang und die Lage der Uiguren, Dez. 2001; UNCHR, China's Minorities: The case of Xinjiang and the Uyghur People, 16.05.2003

unterwegs Gefahr, Opfer von Misshandlung, Vergewaltigung oder sogar Ermordung durch die *shetou* zu werden.⁷⁴

Die chinesische Regierung nimmt grundsätzlich Rückkehrende, die illegal in andere Staaten eingereist sind, wieder auf. Sie verweigerte aber mehrmals BürgerInnen die Einreise, wenn sie als Dissidenten oder AktivistInnen registriert sind. Illegal ausgereiste Rückkehrer haben üblicherweise eine Busse zu bezahlen und werden zwischen zehn Tagen und einem Monat inhaftiert und befragt. Diejenigen, die zum zweiten Mal zurückkehren, werden in der Regel zusätzlich in Lager zur "Umerziehung durch Arbeit" geschickt. Über die Höhe der Busse gibt es unterschiedliche Angaben. Das Gesetz sieht eine Strafe zwischen 1000 und 5000 Yuan vor, die Praxis der Bestrafung ist jedoch lokal verschieden und die zu bezahlende Busse kann bis zu 25'000 Yuan betragen. Wer nicht zahlen kann, wird bis zu einem Jahr in Lager zur "Umerziehung durch Arbeit" geschickt (vgl. Kapitel 5.1.5). Länge und Art und Weise der Haft hängen oft von der Möglichkeit ab, Schmiergelder zu bezahlen.⁷⁵

China hat in den letzten Jahren regelmässig das Nonrefoulement-Gebot verletzt, indem es Tausende nordkoreanischer Flüchtlinge zurückgeschickt hat, die bei Rückkehr akut von Verfolgung bedroht waren. Zudem verweigerte China dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) den Zugang zur nordkoreanischen Grenze, da es aus Nordkorea Eingereiste generell als Wirtschaftsflüchtlinge betrachtet.

7.2 Tibet

Weltweit leben 131'000 TibeterInnen im Exil, davon 100'000 in Indien.⁷⁶ Die Hauptrouten der Flüchtlinge verlaufen über Bergpässe nach Nordindien und Nepal und bergen grosse Gefahren von verschiedener Seite (Schüsse von chinesischen Grenzposten, Vergewaltigung durch Schlepper, Erschöpfung, Dehydrierung, Witterungseinflüsse usw.).

Die Situation der tibetischen Flüchtlinge in Nepal ist prekär: Diejenigen, die vor 1989 angekommen sind, besitzen ein theoretisches Recht auf Verbleib im Königreich, in der Praxis stossen sie aber auf grosse Schwierigkeiten. Sie werden in verschiedener Hinsicht diskriminiert und verfügen kaum über Möglichkeiten zur Integration und zum Führen einer würdigen Existenz. Flüchtlinge, die nach 1989 in Nepal eingereist sind, erhalten kein Aufenthaltsrecht mehr. Das so genannte "Gentleman's Agreement" zwischen der nepalesischen Regierung und dem UN-Flüchtlingshilfswerk sollte ihnen freien Transit garantieren, was aber in der Praxis oft nicht eingehalten wird. Es wurden Fälle bekannt, wo Flüchtlinge wieder zurück nach Tibet gebracht wurden. Im April 2003 wurde eine Gruppe tibetischer Flüchtlinge verhaftet und aufgrund fehlender Papiere zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt.⁷⁷ Die Flüchtlingspolitik Nepals gegenüber TibeterInnen ist geprägt vom Willen der Regierung, die Beziehungen zu China nicht zu belasten.⁷⁸

Die meisten TibeterInnen besitzen keinen chinesischen Pass. BewohnerInnen der Autonomen Region Tibet haben das Recht, jedoch nicht die Pflicht, einen zu beantragen. Den Ausweis gibt es entweder in Form einer Identitätskarte im Kreditkartenformat oder als Pass-

⁷⁴ vgl. UK Home Office, China – Country Assessment, Okt. 2002

⁷⁵ vgl. Immigration and Refugee Board Canada, Country of Origin Research – China, Sept. 1999, Internetquelle: www.cisr.gc.ca

⁷⁶ vgl. Exilregierung Tibets – Office of Tibet in London, Tibet in Exile at a Glance, Internetquelle: www.tibet.com

⁷⁷ vgl. Tibet Center for Human Rights and Democracy, Nepal police jail 18 Tibetan refugees, April 2003

⁷⁸ Für einen ausführlichen Bericht zur Situation tibetischer Flüchtlinge in Nepal vgl. Tibet Justice Center, Tibet's Stateless Nationals, Juni 2002, www.tibetjustice.org/reports/nepal.pdf.

büchlein, wobei letzteres seltener ist.⁷⁹ Das US Department of State stellt in seinem jüngsten Menschenrechtsbericht fest, dass es im letzten Jahr für TibeterInnen zunehmend schwieriger geworden ist, einen chinesischen Pass zu erhalten und auch das UK Home Office bezeichnet es in seinem letzten Report als "sehr schwierig" für Bewohner der TAR, in den Besitz chinesischer Ausweispapiere zu gelangen. Die tibetische Exilregierung in Dharamsala stellt allen TibeterInnen, unabhängig von ihrem Wohnort, auf Wunsch ein "Grünes Buch" aus, welches sie ermächtigt, von ihrem Domizil aus an Wahlen und Abstimmungen der Exilregierung teilzunehmen.⁸⁰

8 Zusammenfassung

Die im März 2003 neu gewählte chinesische Führungsspitze wurde kurz nach ihrem Amtsantritt auf eine harte Probe gestellt, als bekannt wurde, dass das Ausmass der SARS-Epidemie in China weit grösser war als von der Regierung anfänglich zugegeben. Die Verbreitung der Krankheit sowie die aus dem Vertuschungs-Skandal erwachsene Vertrauenskrise hat Schwächen im System aufgedeckt und die neuen Machthaber mit Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao an der Spitze unter Druck gesetzt. Zu diesen Herausforderungen kommen massive sozioökonomische Probleme hinzu, die von der vorhergehenden Regierung geerbt wurden.

Im Zuge der *Strike Hard* Kampagne hat sich die Menschenrechtssituation in den letzten zwei Jahren weiter verschärft. Behörden, Militär und Polizei begehen systematisch Menschenrechtsverletzungen in grossem Stil. Die Gerichte arbeiten nicht unabhängig und in den Verfahren werden regelmässig elementarste Regeln der Fairness missachtet. Die Todesstrafe wird weiterhin umfangreich angewandt: Im Jahr 2002 wurden in China mehr Menschen hingerichtet als in allen anderen Ländern der Erde zusammengenommen. In den Haftanstalten Chinas ist Folter weit verbreitet. Besonders davon betroffen sind Dissidenten, Mitglieder der Demokratischen Partei Chinas und Anhänger verbotener "Kulte" wie Falun Gong. Dasselbe gilt für die Haft in Lagern zur "Umerziehung durch Arbeit", die ohne Anklage und Verfahren gegenüber unliebsamen Personen verhängt wird sowie für die missbräuchliche Zwangseinweisung in psychiatrische Anstalten. Anhänger der Meditationsbewegung Falun Gong werden nach wie vor mit aller Härte verfolgt. In letzter Zeit waren Personen, die versuchten, über das Internet die strenge Pressezensur zu umgehen, speziell von Verfolgung durch die Behörden betroffen.

Die Wirtschaft befindet sich weiterhin im Aufwind und verzeichnet jährlich starke Zuwachsraten, dies trotz gravierender Probleme wie hoher Verschuldung und weit verbreiteter Korruption. Die Öffnung der Märkte und die Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft führte zu einer rasanten und tiefgreifenden Spaltung der Bevölkerung in wirtschaftliche Gewinner und Verlierer. Armut, ungenügende medizinische Versorgung und Mängel im Bildungswesen sind soziale Probleme, die vor allem auf dem Land ein grosses Ausmass erreicht haben.

In besonderem Masse unter den oben beschriebenen humanitären und sozialen Missständen haben die Minderheitenangehörigen in den Autonomen Regionen Tibet, Xinjiang und Innere Mongolei zu leiden. Seit der Besetzung Tibets im Jahr 1959 verfolgt die Regierung in

⁷⁹ Gemäss Auskunft einer Exil-Tibeterin, die über Insiderinformationen verfügt und nicht namentlich genannt werden möchte.

⁸⁰ vgl. US Department of State, China – Country Report 2002, 31.03.2003; UK Home Office, Country Assessment, Okt. 2002

Peking eine Politik der politischen und kulturellen Zwangsassimilierung und Integration der besetzten Provinz ins chinesische "Mutterland". Sie geht dabei mit aller Härte vor und betreibt die systematische Zerstörung und Zurückdrängung der tibetischen Kultur, die gewaltsame Unterdrückung der Religionsausübung und die Bekämpfung jeglichen Ungehorsams und Äusserung von Kritik. Die dazu angewandten Methoden von Behörden, Militärpolizei und Volksarmee reichen von willkürlicher Verhaftung, über die Verhängung politischer Haft über die weit verbreitete Anwendung von Folter bis hin zur Todesstrafe. Die tibetische Exilregierung in Dharamsala verfolgt auf Geheiss des Dalai Lama, des geistigen und weltlichen Oberhauptes der TibeterInnen, eine Strategie des "Mittleren Wegs", das heisst als Ziel eine wirkliche Autonomie innerhalb der Volksrepublik China anstelle der Unabhängigkeit. China weigert sich aber seit Jahren, mit Dharamsala in Dialog zu treten. In jüngster Zeit gab es einige positive Signale aus Peking, es bleibt aber abzuwarten, ob auf die von Kompromisslosigkeit geprägte Ära Jiang Zemin eine Phase konstruktiverer Politik gegenüber Tibet folgt.

9 Weiterführende Links und Publikationen⁸¹

9.1 VR China

Linkliste

- Incore Conflict Data Service der University of Ulster und United Nations University: <http://www.incore.ulst.ac.uk/cds/countries/china.html>

Basisinformationen

- CIA World Factbook: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ch.html>

News

- Human Rights Watch (HRW) China und Tibet: www.hrw.org/asia/china.php
- China Internet Information Center (CIIC): www.china.org.cn/german/25029.htm
Staatlicher Informationsdienst
- China Daily: www1.chinadaily.com.cn/news/index.html

Berichte

- UK Home Office (UKHO): China Country Assessment, 10.02, www.ind.homeoffice.gov.uk/default.asp?PageId=168
- US Department of State (USDS): China Country Report on Human Rights Practice 2002, 31.03.03, www.state.gov/documents/organization/19602.doc
- Human Rights Watch (HRW): World Report 2003 China and Tibet, 01.03, www.hrw.org/wr2k3
- Committee to Protect Journalists (CPJ): Attacks on the Press in 2002, China, www.cpj.org/attacks02/asia02/china.html
- Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (GfbV), Bericht geplant zu Minderheiten in China, Veröffentlichung im Sommer 2003, siehe www.gfbv.ch

⁸¹ Diese Auflistung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Siehe auch die Hinweise zu spezifischen Themen in den jeweiligen Kapiteln.

- USDS: International Religious Freedom Report 2002, China, 07.10.02, www.state.gov/g/drl/rls/irf/2002/13870.htm
- UK Home Office (UKHO): Revolution of the Wheel – The Falung Gong in China and in Exile, 11.02, www.ind.homeoffice.gov.uk/default.asp?pageid=2806
- Human Rights in China (HRIC): Shutting out the poorest: discrimination against the most disadvantaged migrant children in city schools, 08.05.02, http://iso.hrichina.org:8151/iso/article.adp?article_id=2432&category_id=30

Regierung

- Offizielle Site: www.china.org.cn
- Chinesische Botschaft: www.china-embassy.ch/eng/index.html

Informationen zu Falung Gong

- Falung Dafa Information Center: www.faluninfo.net

Informationen zu Xinjiang

- Uyghur American Association (UAA): www.uyghuramerican.org
- Linkliste der UAA: www.uyghuramerican.org/HumanRights
- Bericht des UNCHR: China's Minorities: The case of Xinjiang and the Uyghur People, 16.05.03, www.ecoi.net/pub/ds494/02665chi.pdf

9.2 Tibet

Linkliste

- Incore Conflict Data Service der University of Ulster und United Nations University: www.incore.ulst.ac.uk/cds/countries/tibet.html

News

- Tibet Information Network (TIN): www.tibetinfo.net
- International Campaign for Tibet (ICT): www.savetibet.org

Berichte

- Kapitel über Tibet in den Menschenrechtsberichten des UKHO, USDS und von HRW (siehe oben).
- Tibet Center for Human Rights and Democracy (TCHRD): Annual Report 2002: Human Rights Situation in Tibet, www.tchrd.org/pubs/AnnualReport2002/AnnualReport2002.htm
- International Campaign of Tibet (ICT): Dangerous Crossing: Conditions Impacting the Flight of Tibetan Refugees in 2001, 01.05.02, <http://www.savetibet.org/Files/Files.cfm?ID=1205&c=24>
- Tibet Justice Center (TJC): Tibet's Stateless Nationals, 06.02, <http://www.tibetjustice.org/reports/nepal.pdf>. Über die Situation der tibetischen Flüchtlinge in Nepal
- Canada Tibet Committee (CTC): Poverty by Design: The Economics of Discrimination in Tibet, 08.02, www.tibet.ca/publications/PovertybyDesign.pdf



Regierung

- Offizielle Sites: www.tibet.net und www.tibet.com

Zeitschriften

- Tibet aktuell, hg. vierteljährlich von der Gesellschaft Schweizerisch-Tibetischer Freundschaft (GSTF), des Vereins Tibetfreunde und der Tibetischen Frauenorganisation in der Schweiz (TFOS)
- Tibet Press Watch, hg. von der International Campaign for Tibet (ICT)

Tibetereinigungen

- International:
Tibetischer Jugendkongress (TYC): <http://tibetanyouthcongress.org/homepage.htm>,
International Campaign for Tibet (ICT): www.savetibet.org, Tibet Justice Center (TJC):
www.tibetjustice.org, Canada Tibet Committee (CTC): www.tibet.ca
- Schweiz:
Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft: www.tibetfocus.com; Verein Tibetfreunde: www.tibetfreunde.ch; Tibet Songtsen House Zürich: www.songtsenhouse.ch



